Deutsche
Stiftung
Friedensforschung

DSF

german foundation for peace research

Jahresbericht 2012

Kontakt:
Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
Am Ledenhof 3-5
D-49074 Osnabrück
Fon: +49.(0)541.600.35.42
Fax: +49.(0)541.600.79.039
www.bundesstiftung-friedensforschung.de
info@bundesstiftung-friedensforschung.de

Fotos

IFSH
DSF
Malte Göttsche
Gustavo Ruiz
Pixabay

© 2013 Deutsche Stiftung Friedensforschung
Gestaltung, Satz und Herstellung: atelier-raddatz.de und DSF
Druck: Günter Druck GmbH, Georgsmarienhütte
Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany 2013

Spendenkonto der Deutschen Stiftung Friedensforschung:
IBAN DE77265501050000001230
BIC NOLADE22XXX

ISSN 2193-7915

Inhalt

Vorwort **4**

I. Die Fördertätigkeit der Stiftung **6**
1. Forschungsprojektförderung 6
1.1 Ziele und Angebote der Forschungsprojektförderung 6
1.2 Die Förderung größerer Forschungsvorhaben 9
1.3 Neuveröffentlichungen in der Reihe „Forschung DSF“ 14
1.4 Förderung des „Friedensgutachten“ 14
1.5 Forschungsinitiativen der DSF 15
1.6 Förderung von Kleinprojekten 16
1.7 Förderung von Vernetzungsprojekten der Friedens- und Konfliktforschung 21
2. Struktur- und Nachwuchsförderung 26
2.1 Stiftungsprofessuren im Bereich der naturwissenschaftlichen Friedensforschung 26
2.2 Masterstudiengänge Friedens- und Konfliktforschung 27
2.3 Promotionsförderung mit Betreuungssystem 27

II. Transferaktivitäten und Veranstaltungen **28**
1. Parlamentarischer Abend 2012 zu unbemannten bewaffneten Systemen 28
2. Kooperationsveranstaltung mit dem Auswärtigen Amt zum Arms Trade Treaty (ATT) 33

III. Aufgaben und Struktur der Stiftung **35**
1. Der Stiftungsrat 35
2. Der Wissenschaftliche Beirat 37
3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück 39
4. Die Verwaltung unselbstständiger Stiftungen 39

IV. Finanz- und Wirtschaftsbericht **40**
1. Bilanz 2012 40
2. Ertragsrechnung 2012 41

V. Die Ludwig Quidde-Stiftung in Verwaltung der DSF **45**
1. Die Stiftung 45
2. Der Vorstand 45
3. Projektförderung der Ludwig Quidde-Stiftung 46
4. Erstmalige Verleihung des Ludwig Quidde-Preises 47

VI. Anhang **51**
A. Projektzusammenfassungen 52
B. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus von der DSF geförderten Projekten im Jahr 2012 56

Vorwort

Im Jahresbericht 2012 informiert die Deutsche Stiftung Friedensforschung über ihre aktuellen Förderangebote und die neu in die Förderung aufgenommenen wissenschaftlichen Projekte. Der Bericht gibt ferner Auskunft über Veranstaltungen und wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum sowie über die Veränderungen in der Stiftungsorganisation.

Als Einrichtung der Forschungsförderung widmet sich die im Jahr 2000 durch die Bundesrepublik Deutschland gegründete Stiftung drei zentralen Aufgabengebieten: Sie fördert innovative Forschungsvorhaben im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung und unterstützt die wissenschaftliche Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene. Sie finanziert Projekte, die die strukturelle Entwicklung des Forschungsfeldes stärken und zu einer besseren Vernetzung in Forschung und Lehre führen. Schließlich leistet sie durch ihre Fördermaßnahmen und eigenen Veranstaltungen einen Beitrag, den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu intensivieren und die Ergebnisse aus den geförderten Forschungsprojekten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Im Jahr 2012 erreichte das Fördervolumen der Stiftung eine Gesamthöhe von 504 T€. Hiervon entfielen 340 T€ auf die Förderung größerer Forschungsvorhaben, 114 T€ auf sogenannte Kleinprojekte wie Pilotstudien und Tagungen sowie 30 T€ auf Vernetzungs- und Transferprojekte. Außerdem unterstützte die DSF das „Friedensgutachten 2012“ mit einem Förderbetrag von 20 T€. Seit der Gründung der Stiftung summieren sich die Förderleistungen auf einen Betrag von mehr als 14 Millionen Euro. Hiervon entfällt etwa ein Drittel auf das Sonderprogramm zur Struktur- und Nachwuchsförderung, für das in den Jahren 2004 bis 2009 rund fünf Millionen Euro bereitgestellt wurden.

Im Berichtsjahr setzte die Stiftung den Diskussionsprozess über die Neuausrichtung ihrer Projektförderung fort, der insbesondere dank der sachkundigen Beratung durch den Wissenschaftlichen Beirat in ein neues Förderkonzept mündete, das ab Oktober 2013 Gültigkeit erlangen wird.

Die DSF wird sich künftig verstärkt auf die Förderung von Forschungsinnovationen fokussieren und will hierbei vor allem dort ansetzen, wo die Friedens- und Konfliktforschung keine alternativen Förderangebote vorfindet und somit einer besonderen Unterstützung bedarf. Hierdurch ergibt sich eine Reihe von Veränderungen sowohl bei der Struktur der Förderangebote und den Förderbedingungen als auch bei den Begutachtungs- und Entscheidungsverfahren. So wird die Stiftung künftig z. B. ein spezielles Angebot in der Nachwuchsförderung machen, indem sie mit einem Post-doc-Forschungsprojekt gezielt junge, hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der oftmals schwierig zu überbrückenden Phase nach Abschluss der Promotion unterstützen wird. Für diesen Zweck bietet die Stiftung ein Förderbudget von bis zu 150 T€ an. Größere Forschungsvorhaben indes werden künftig nur noch mit einem Betrag von bis zu 100 T€ gefördert.

Des Weiteren beschloss der Stiftungsrat die neuen „Grundsätze für die Förderung wissenschaftlicher Projekte“. Sie lösen die „Leitlinien der Forschungsförderung“ und „Rahmenbedingungen Forschungsprojektförderung“ ab, die bisher für die Antragstellung sowie für das Begutachtungs- und Entscheidungsverfahren Gültigkeit hatten. Die „Grundsätze“ bestehen zum einen aus einer Präambel, die den thematischen Rahmen für die Förderangebote der

Stiftung absteckt, zum anderen aus den Förderkriterien, die den Begutachtungs- und Entscheidungsverfahren zugrunde gelegt werden. Eine wesentliche Neuerung besteht darin, dass die Relevanz der geförderten Projekte für die wissenschaftliche Politik- und Gesellschaftsberatung künftig als ein grundlegendes Förderkriterium aufgewertet wird. Die Stiftung will hierdurch auch ihre zentralen Aufgabenbereiche – Forschungsinnovation, Netzwerkbildung und Praxistransfer – stärker miteinander verzahnen.

Das neue Förderkonzept wird in einer Broschüre ausführlich erläutert, die entweder von der Internetseite der Stiftung heruntergeladen oder bei der Geschäftsstelle als gedruckte Ausgabe bestellt werden kann.

Nicht unerwähnt soll ein weiteres wichtiges Ereignis aus dem Jahr 2012 bleiben, das mit der Ludwig Quidde-Stiftung verbunden ist, einer kleinen Treuhandstiftung, die sich seit 2011 in der Verwaltung der Deutschen Stiftung Friedensforschung befindet: die erstmalige Verleihung des Ludwig Quidde-Preises.

Die Jury wählte den Völkerrechtler Prof. Dr. Dr. h.c. Christian Tomuschat von der Humboldt-Universität zu Berlin als ersten Träger des Wissenschaftspreises aus. Er wurde im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung in der Friedensstadt Osnabrück für sein Lebenswerk geehrt.

Wir würden uns freuen, wenn auch die zweite Ausschreibung und Verleihung des Ludwig Quidde-Preises eine ähnlich große Resonanz erführe und wenn es gelänge, die Stiftung und ihre Aktivitäten durch Zustiftungen und Spenden künftig auf eine solidere finanzielle Grundlage zu stellen.

Als Vorsitzender der Deutschen Stiftung Friedensforschung danke ich allen, die zu einer erfolgreichen Gestaltung der Stiftungsarbeit im Jahr 2012 beigetragen haben. In diesen Dank schließe ich insbesondere die zahlreichen unentgeltlich tätigen Gutachter und Gutachterinnen, die der DSF ihre Zeit und Expertise zur Verfügung gestellt haben, ein. Zu Dank verpflichtet bin ich zudem den Mitgliedern des Stiftungsrats und des Wissenschaftlichen Beirats, die ihr Ehrenamt mit einem anerkennenswerten Engagement ausübten.

Ich verbinde meinen Dank mit der Hoffnung, dass die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern der Stiftung auch in Zukunft eine Fortsetzung finden wird.

Prof. Dr. Michael Brzoska
Vorsitzender der DSF

I. Die Fördertätigkeit der Stiftung

1. Forschungsprojektförderung

1.1 Ziele und Angebote der Forschungsprojektförderung

Als Einrichtung der Forschungsförderung unterstützt die Deutsche Stiftung Friedensforschung wissenschaftliche Projekte der Friedens- und Konfliktforschung. Hierzu zählen sowohl Forschungsvorhaben mit Laufzeiten von bis zu zwei Jahren als auch Arbeitstagungen und internationale Konferenzen.

Des Weiteren fördert die DSF Vernetzungs- und Transferprojekte, die einen Beitrag dazu leisten, wissenschaftliche Aktivitäten in Forschung und Lehre miteinander zu verknüpfen und die Forschungsbefunde in die politische Praxis und Öffentlichkeit zu vermitteln. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt die DSF zudem die Ausbildung und Qualifikation von wissenschaftlichen Nachwuchskräften und stärkt die strukturelle Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung.

Die Vergabe der Fördermittel orientiert sich nicht an vorgegebenen thematischen Schwerpunkten. Anträge auf Projektförderung können aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen und zu vielfältigen friedenswissenschaftlichen Themenstellungen eingereicht werden.

Der Förderpraxis der DSF liegen die Leitlinien der Forschungsförderung unter dem Titel „Umgang mit friedensgefährdenden Konflikten“ zugrunde. Hierin sind drei zentrale Themenbereiche bestimmt, die bevorzugt gefördert werden sollen:

- Die Dynamik gefährlicher Konflikte
- Die Einmischung Dritter in gefährliche Konflikte
- Institutionen und Strategien der Zivilisierung gefährlicher Konflikte

In den „Rahmenbedingungen Forschungsprojektförderung“ werden die Förderkonditionen und Bewertungskriterien aufgeführt, die maßgeblich für die Antragstellungen und Förderentscheidungen sind. Hierbei kommt der wissenschaftlichen Qualität und Originalität der Vorhaben eine zentrale Bedeutung zu.

Darüber hinaus werden ergänzende Faktoren wie z. B. die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die internationale Zusammenarbeit sowie Vorschläge für einen möglichen Ergebnistransfer in die politische Praxis und Öffentlichkeit in die Gesamtbeurteilung einbezogen.

Die aus der Gründungsphase der Stiftung stammenden Leitlinienpapiere wurden unter Mitwirkung des Wissenschaftlichen Beirats in den vergangenen beiden Jahren überarbeitet.

In Verbindung mit der Neustrukturierung der Förderangebote werden die neuen „Grundsätze für die Förderung wissenschaftlicher Projekte“ ab Oktober 2013 Gültigkeit erlangen.

Die im Rahmen der Forschungsprojektförderung unterstützten Projekte lassen sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, folgenden Themenschwerpunkten zuordnen:

- Friedensvölkerrecht und internationale Organisationen
- Gewalt- und Krisenprävention
- Intervention in Gewaltkonflikte
- Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten
- Rüstungskontrolle und Abrüstung
- Friedenspädagogik
- Historische Friedensforschung

Die Forschungsprojektförderung der Stiftung untergliedert sich derzeit in drei unterschiedliche Förderbereiche – größere Forschungsvorhaben, Kleinprojekte sowie Vernetzungs- und Transferprojekte –, die mit folgenden Konditionen verbunden sind:

Förderangebote der Deutschen Stiftung Friedensforschung	
Forschungsprojekte	
Laufzeit:	bis 24 Monate
Förderhöchstbetrag:	175 Tsd. Euro
Antragstermine:	1. Juni und 1. Dezember
Begutachtung:	mind. zwei externe Fachgutachten[1]
Seit 2001 bewilligte Projekte:	60
Gesamtfördersumme (2001–2011):	7,4 Mio. Euro
Kleinprojekte[2]	
Laufzeit (Forschungsprojekte):	bis 12 Monate
Förderhöchstbetrag:	20 Tsd. Euro[3]
Antragstermine:	fortlaufend
Begutachtung:	mind. ein externes Fachgutachten
Seit 2001 bewilligte Projekte:	150
Gesamtfördersumme (2001–2011):	1,3 Mio. Euro
Vernetzungs-[4] und Transferprojekte	
Förderhöchstbetrag:	10 Tsd. Euro
Antragstermine:	fortlaufend
Begutachtung:	keine, teilweise nachlaufende Evaluierung
Seit 2008 bewilligte Projekte:	17
Gesamtfördersumme (2008–2011):	79 Tsd. Euro

[1] Bei Eigenanträgen aus dem Kreis der im Stiftungsrat vertretenen Institutionen oder Personen ist ein obligatorisches Drittgutachten durch eine/n Fachgutachter/in der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vorgesehen.

[2] Kleine Forschungsvorhaben oder Pilotstudien, Tagungen, Publikationen, Fachzeitschriften.

[3] Für Fachzeitschriften kann eine bis zu zweijährige Strukturförderung oder die Förderung von Einzelheften mit originellen Themenschwerpunkten aus der Friedens- und Konfliktforschung beantragt werden. Fördersumme max. 5 Tsd. Euro pro Jahr/Ausgabe, 10 Tsd. Euro für zwei Jahre.

[4] Anträge auf Förderung von Vernetzungsprojekten können nur von Organisationen/Arbeitskreisen u. Ä. gestellt werden, die keine feste institutionelle Anbindung haben.

Grundsätzlich besteht auch die Möglichkeit, eine Förderung für internationale Kooperationsprojekte der Friedens- und Konfliktforschung bei der DSF zu beantragen. Voraussetzung hierfür ist die Beteiligung einer deutschen Partnerinstitution. Die Stiftung übernimmt ausschließlich die anteiligen Projektkosten der inländischen Einrichtung.

Für Anträge auf Förderung von Forschungs- und Tagungsprojekten richtete die Stiftung ein Begutachtungsverfahren ein, für das externe Experten und Expertinnen herangezogen werden. Die Beurteilungen dienen den Stiftungsorganen als Entscheidungshilfe bei der Vergabe von Fördermitteln.

Mit einem gesonderten Projektbudget unterstützt die Stiftung seit 2007 ferner das jährlich erscheinende „Friedensgutachten".

Eine zweite Förderlinie bestand bis 2009 durch das Sonderprogramm zur Struktur- und Nachwuchsförderung. Auf der Grundlage eines begrenzten Kapitalverzehrs in Höhe von rund fünf Millionen Euro unterstützte die Stiftung die Einrichtung von vier Masterstudiengängen, einer strukturierten Promotionsförderung an drei Standorten sowie zwei Stiftungsprofessuren für die naturwissenschaftliche Friedensforschung und leistete damit einen nachhaltigen Beitrag, die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland strukturell zu stärken. Mit Ausnahme der Georg Zundel-Stiftungsprofessur an der TU Darmstadt sind bereits alle Fördermaßnahmen abgeschlossen.

Die Stiftung bietet derzeit kein Programm für eine gezielte Förderung friedenswissenschaftlicher Strukturen und des wissenschaftlichen Nachwuchses mehr an.

Seit der Aufnahme der Fördertätigkeit im August 2001 bewilligte die DSF Fördermittel für die Friedens- und Konfliktforschung in einer Gesamthöhe von rund 14 Mio. Euro.

Über ihre Fördertätigkeit hinaus kann die Stiftung satzungsgemäß auch eine initiierende Rolle übernehmen, indem sie mit eigenen Veranstaltungen dazu beiträgt, neue Forschungsthemen für die Friedens- und Konfliktforschung zu erschließen bzw. bestehende Forschungsstränge über die wissenschaftlichen Fächergrenzen hinweg miteinander zu vernetzen. Mit diesem Ziel richtet die Stiftung nationale und internationale Tagungen aus. In den vergangenen Jahren widmete die DSF vor allem der Rolle von Religionen in Konflikten und Friedensprozessen besondere Aufmerksamkeit.[1]

1.2 Die Förderung größerer Forschungsvorhaben

Im Jahr 2012 nahm die Stiftung insgesamt drei größere Forschungsvorhaben in die Förderung auf. Die bewilligten Fördermittel beliefen sich auf eine Gesamthöhe von rund 333 Tsd. Euro. Die Förderquote lag bei 20 Prozent der eingereichten Anträge auf Projektförderung. Im Vergleich zum Vorjahr war die Summe der bewilligten Fördermittel (553 T€) somit deutlich geringer, was jedoch in erster Linie auf die Ergebnisse der Begutachtungsverfahren zurückzuführen war.

1 Siehe Jahresbericht 2010, S.15-20.

Im Berichtsjahr bewilligte der Stiftungsrat Fördermittel für die folgenden Forschungsprojekte:

The discursive construction of conflict and international organizational decision-making processes between normative frameworks of peacebuilding and securitization – the case of the UN Assistance Mission in Iraq (UNAMI)

- Projektleiter: Prof. Dr. Mathias Albert,
  Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie
- Laufzeit: November 2012 bis Oktober 2014
- Fördersumme: 114.118 Euro

Ausgangspunkt des von Prof. Dr. Mathias Albert, Universität Bielefeld, geleiteten Forschungsprojektes ist die Feststellung, dass sich im Bereich der internationalen Interventionen zur Konfliktbewältigung und Friedenssicherung ein Paradigmenwechsel vollzogen hat. Die Gewaltprävention und Friedensarbeit seien verstärkt zu einem Bestandteil der vernetzten Außen- und Sicherheitspolitik geworden, wie nicht zuletzt die Debatten über die „Versicherheitlichung“ der Entwicklungspolitik und die Untersuchungen zum *state-building* bestätigten. Auch die „integrierten Missionen“ der Vereinten Nationen seien immer mehr an sicherheitspolitische Kontexte gebunden, die auf ihr Mandat und ihre operativen Strukturen einwirkten. Hierfür seien politische Diskurse maßgeblich, die sich gegenwärtig überwiegend um die Themenfelder Risikomanagement und internationale Sicherheitsinteressen konstituierten, während die historisch-institutionelle Legitimierung der Vereinten Nationen auf einer Agenda für Weltfrieden und -sicherheit gründe.

Das Projekt befasst sich deshalb am Beispiel der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen im Irak (UNAMI) eingehend mit der Frage, ob und wie der normative Rahmen der „Versicherheitlichung“ und der Friedensbildung Entscheidungsprozesse von Organisationen in internationalen Interventionen beeinflusst.

Die Analyse soll zu einem besseren Verständnis beitragen, welche Interdependenzen zwischen dem internationalen politischen Kontext und der Umsetzung internationaler Unterstützungsmissionen bestehen.

In einem zweiten Schritt sollen die Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie organisationsspezifische Entscheidungsprozesse bei internationalen Interventionen, die mit der ‚De-‘, bzw. ‚Rekonstruktion‘ von Konflikten verbunden sind, besser beobachtet werden können.

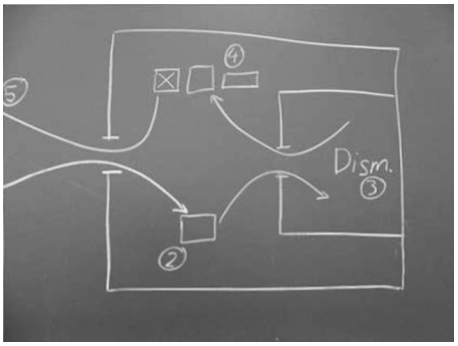
Das Vorhaben zählt zum Förderschwerpunkt der Friedenskonsolidierung nach Gewaltkonflikten.

Kernwaffenauthentifizierung mit Hilfe einer Attribut-Informationsbarriere: Eine Durchführbarkeitsstudie

- Projektleiter: Prof. Dr. Wolfgang Lieberei,
  Universität Hamburg. Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung
- Laufzeit: Januar 2013 bis Dezember 2014
- Fördersumme: 86.641 Euro

Das Projektteam um Prof. Dr. Wolfgang Lieberei am Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg (ZNF) befasst sich mit der Abrüstungsverifikation bei nuklearen Sprengköpfen. Hierbei geht es

insbesondere um die Fähigkeit, die Demontage und Zerstörung von Sprengköpfen nachverfolgen zu können. Solche Technologien werden heute noch nicht genutzt, sie könnten aber bei künftigen Reduzierungen der Kernwaffenbestände eine wichtige Rolle bei der Vertrauensbildung und Verifikation spielen. Dem Aufbau und der Vernetzung wissenschaftlicher Expertise auf diesem Feld kann somit eine zentrale politische Bedeutung zukommen. Das Forschungsvorhaben zielt vor allem auf Authentifizierungsverfahren für nukleare Sprengköpfe, mit denen sichergestellt werden soll, dass ein echter Sprengkopf und keine Attrappe abgerüstet wird. Bei den hierfür notwendigen Messungen von Gammaspektren und Neutronen ist zu berücksichtigen, dass bei den Inspektionen keine sensiblen Informationen über die Sprengköpfe erfasst werden können. Deshalb soll in die automatischen Verifikationsanalysen eine so genannte Informationsbarriere eingebaut werden, die nur das Ergebnis sichtbar macht. Das Forschungsprojekt besteht sowohl aus einer physikalisch-technischen Komponente, die anhand von Experimenten und Simulationen die Machbarkeit des Verfahrens ausloten soll, als auch aus einem konzeptionellen Zugang, der die abrüstungspolitischen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Das Vorhaben ergänzt den Förderschwerpunkt Abrüstung und Rüstungskontrolle der DSF.



Eine Möglichkeit des schematischen Ablaufs der Abrüstung einer Kernwaffe

---

Konsultationsverfahren und ihr Beitrag zur Transformation von Ressourcenkonflikten. Eine vergleichende Studie zu Bolivien und Peru

- Projektleiterin: Frau Dr. Almut Schilling-Vacaflor, GIGA Institut für Lateinamerika-Studien, Hamburg
- Laufzeit: Oktober 2013 bis September 2015
- Fördersumme: 131.720 Euro

Das Forschungsvorhaben geht von der Beobachtung aus, dass in Lateinamerika durch den globalen Preisanstieg von nicht-erneuerbaren natürlichen Ressourcen seit Beginn des 21. Jahrhunderts ein Boom bei Ressourcenabbauprojekten (Bergbau, Erdgas und -öl) entstanden ist, die insbesondere in den Andenländern zu vermehrten sozialen Konflikten zwischen den jeweiligen Regierungen, den Unternehmen und den betroffenen lokalen Bevölkerungen geführt haben. Immer mehr indigene und andere lokale Bevölkerungsgruppen fordern mit Bezug auf internationale Menschenrechtsinstrumente eine effektive Mitbestimmung durch vorherige Konsultation bzw. *free, prior and informed consent (FPIC)* bei diesen Projekten ein. Die Einbindung der lokalen Bevölkerung wird vielfach als Mittel zur Konfliktprävention und -transformation betrachtet, ohne dass hierzu wissenschaftlich fundierte Analysen vorliegen. Das Team um die Pro-

Konsultationen in Peru

jektleiterin Dr. Almut Schilling-Vacaflor vom Institut für Lateinamerika-Studien am GIGA in Hamburg nimmt deshalb zunächst eine Bestandsaufnahme der bisherigen Konsultations- und Partizipationsprozesse mit der indigenen Bevölkerung in Bolivien und Peru vor. Es schließt sich eine Analyse an, welche Faktoren förderlich oder hinderlich für diese Prozesse waren, welche Konfliktkonstellationen und -dynamiken sich herauskristallisierten, um schließlich zu Schlussfolgerungen zu gelangen, ob und wie diese Verfahren zur Prävention bzw. zur Transformation der Konflikte um die Ressourcenausbeutung beitragen. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes sollen zum einen in wissenschaftlichen Publikationen zugänglich gemacht werden, zum andern ist vorgesehen, die Daten und Befunde für die politische Praxis, nicht zuletzt auch in den Untersuchungsländern, aufzubereiten. Das Forschungsprojekt ist dem Förderschwerpunkt Gewaltprävention zuzuordnen.

Zum Jahresende 2012 beschloss der Stiftungsrat, drei weitere Forschungsvorhaben in die Förderung aufzunehmen. Die Bewilligungen werden dem folgenden Berichtsjahr zugerechnet.

Laufende und abgeschlossene Forschungsprojekte im Jahr 2012

Zusätzlich zu den drei neu in die Förderung aufgenommenen Forschungsvorhaben unterstützte die Stiftung im Jahr 2012 folgende in den Vorjahren bewilligte Projekte:

Removing Periodic Noise – Supporting Seismic Aftershock Monitoring during On-Site Inspections of the Comprehensive Test Ban Treaty Organisation

- Projektleiter: Prof. Dr. Dieter Suter/Dr. Jürgen Altmann,
  TU Dortmund, Experimentelle Physik III
- Laufzeit: Juli 2011 bis Juni 2013

Transitional justice in protracted conflict: local and diaspora conceptions of retributive and restorative justice between shari'a, customary and human rights law in Somalia and human rights law in Somalia and Ethiopia's Somali Region

- Projektleiter: Prof. Dr. Günther Schlee/Dr. Markus V. Höhne,
  Max-Planck-Institut für Ethnologie, Halle
- Laufzeit: Oktober 2011 bis September 2013

Traditional Political Institutions in Sub-Saharan Africa: Endangering or Promoting Stable Domestic Peace?

- Projektleiterin: Prof. Dr. Katharina Holzinger,
  Universität Konstanz, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft
- Laufzeit: April 2012 bis März 2014

Individual and International Leadership: The Special Representatives of the UN Secretary-General and the Maintenance of International Peace and Security

- Projektleiter: Prof. Dr. Manuel Fröhlich,
  Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Politikwissenschaft
- Laufzeit: November 2011 bis Oktober 2013

Im Berichtsjahr konnten ferner folgende Forschungsprojekte zum Abschluss gebracht werden:

Lokale Konfliktdynamiken: Umweltwandel, Ernährungskrisen und Gewalt in Subsahara Afrika

- Projektleiter: Prof. Dr. Sven Chojnacki,
  Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
- Laufzeit: August 2010 bis Oktober 2012

Coping with spoilers from within. Die Obstruktion von Friedensoperationen durch politisierte Bürokratien

- Projektleiter: Prof. Dr. Wolfgang Seibel/Julian Junk,
  Universität Konstanz, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft
- Laufzeit: Januar 2010 bis Dezember 2012

Völkerrechtliche Einhegung unbemannter bewaffneter Systeme

- Projektleiter: Prof. Dr. Thilo Marauhn,
  Justus-Liebig-Universität Gießen, Franz von Liszt-Institut für internationales Recht und Rechtsvergleichung
- Laufzeit: Mai 2010 bis Juni 2012

Dealing with the Past and Peacebuilding in the Western Balkans

- Projektleiterin: Dr. Martina Fischer,
  Berghof Foundation, Berlin
- Laufzeit: März 2010 bis April 2012

Die Stiftung erhält nach dem Ende des Förderzeitraums jeweils eine zusammenfassende Darstellung der Forschungsbefunde, die einer abschließenden Evaluierung unterzogen wird. Die Ergebnisberichte werden in der Regel in der stiftungseigenen Reihe „Forschung DSF“ veröffentlicht.

1.3 Neuveröffentlichungen in der Reihe „Forschung DSF“

Im Jahr 2012 veröffentlichte die Stiftung insgesamt drei neue Forschungsberichte in der stiftungseigenen Reihe „Forschung DSF“:

- Michaela Maier/Georg Ruhrmann/Karin Stengel/Arne Freya Zillich/Roland Göbbel/Marion Rahnke/Jonathan Steinert/Kristina Süß/Christoph Warneck: Bedrohung auf der (Medien-)Agenda – Krisenkommunikation im Nachrichtenprozess. Osnabrück 2012 (Heft 32).
- Margit Bussmann/Gerald Schneider: Strategie, Anarchie oder fehlendes internationales Engagement? Zur Logik einseitiger Gewalt in Bürgerkriegen. Osnabrück 2012 (Heft 33).
- Jürgen Rüland/Maria-Gabriela Manea: How much an actor and under which logics of Action? Roles of Parliaments in the Establishment of Democratic Control of the Armed Forces in Indonesia and Nigeria. Osnabrück 2012 (Heft 34).

Die Forschungsberichte sind in einer gedruckten Fassung über die Geschäftsstelle der DSF erhältlich. Zugleich stehen sie als *Open-Access*-Publikationen (PDF) auf der Internetseite der Stiftung zum Abruf bereit.

1.4 Förderung des „Friedensgutachten“

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung fördert das „Friedensgutachten“, das jährlich in Zusammenarbeit zwischen den vier deutschen Friedensforschungsinstituten BICC, FEST, HSFK und IFSH erstellt wird.[2] Die Publikation erfährt große Aufmerksamkeit in Politik, Praxis und Öffentlichkeit und hat sich somit zu einem zentralen Instrument des Wissenstransfers im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung entwickelt. Anhand ausgewählter Themenschwerpunkte werden aktuelle internationale Konfliktdynamiken und friedenspolitische Entwicklungen analysiert und hieraus Empfehlungen bzw. Handlungsoptionen für die deutsche und europäische Friedenspolitik abgeleitet.

Die Stiftung förderte das „Friedensgutachten“ zunächst für einen ersten Zeitraum von fünf Jahren (2007 bis 2011), in dem Fördermittel in einer Gesamthöhe von 125 Tsd. Euro zur Verfügung gestellt wurden. Nach einer positiven Evaluierung durch externe Experten stellte der Stiftungsrat den Herausgeberinstituten eine Förderung für weitere fünf Jahre in Aussicht. Der jährliche Förderbetrag in den Jahren 2012 bis 2016 beläuft sich auf 20 Tsd. Euro.

Das „Friedensgutachten 2012“, das federführend von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M., betreut wurde, befasst sich mit drei zentralen friedens- und sicherheitspolitischen Themenblöcken. Das erste Kapitel zeichnet die Machtverschiebungen im Zeichen der globalen Beschleunigung nach und greift hierbei sehr unterschiedliche Fragenkomplexe auf, die von den Folgen der globalen Machtveränderungen über die Eurokrise bis hin zum Krieg gegen den Terrorismus und zum *Cyber War* reichen. Das zweite Kapitel widmet sich dem „Süden“ als Objekt und Subjekt der

2 Bis 2011 gehörte auch das INEF zu den Herausgeberinstituten des „Friedensgutachten“.

Machtverschiebungen. Der dritte Abschnitt zeichnet die Entwicklungen des Arabischen Frühlings nach und fragt nach den potenziellen friedenspolitischen Auswirkungen der Umbrüche auf die Region.[3]

In Ergänzung zur deutschsprachigen Ausgabe des „Friedensgutachten“ veröffentlichten die Herausgeber eine englischsprachige Textauswahl, die den Dialog auf Ebene der europäischen Politik in Zusammenarbeit mit dem International Security Information Service Europe (ISIS) erleichterte.[4]

Das „Friedensgutachten 2012“ wurde wiederum auf der Bundespressekonferenz in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Darüber hinaus suchten die Herausgeber den Austausch mit der Politik und präsentierten ihre Ergebnisse und Empfehlungen in den einschlägigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages und in Ministerien. Die Themenschwerpunkte des „Friedensgutachten“ wurden ferner in öffentlichen Veranstaltungen und Tagungen vorgestellt und diskutiert.[5]

1.5 Forschungsinitiativen der DSF

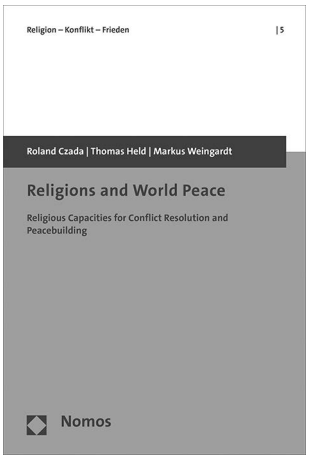
Die Stiftung trug in den vergangenen Jahren durch eigene Veranstaltungen oder Kooperationsprojekte dazu bei, neue Themenfelder für die Friedens- und Konfliktforschung zu erschließen oder den Dialog zwischen Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit zu intensivieren.

Aus einer dieser Forschungsinitiativen ging das Internationale Symposium „Religionen und Weltfrieden. Zum Friedens- und Konfliktlösungspotenzial von Religionsgemeinschaften“ hervor, das vom 20. bis 23. Oktober 2010 gemeinsam mit dem „Forschungsverbund Religion und Konflikt“[6] und dem „Wissenschaftlichen Rat der Osnabrücker Friedensgespräche“[7] in der Friedensstadt Osnabrück ausgerichtet wurde. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützte das Symposium mit einem Förderbeitrag in Höhe von 250 Tsd. Euro.

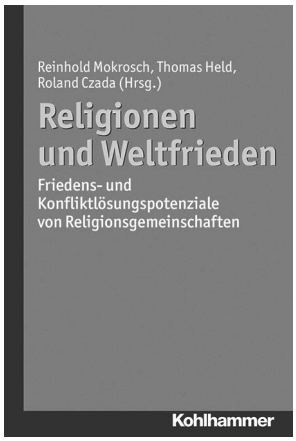
Die Beiträge zu diesem Symposium wurden nun in zwei Buchpublikationen veröffentlicht.

Die Autorinnen und Autoren setzen sich mit der Frage auseinander, welche friedensstiftenden Impulse von Religion und Glaube ausgehen können und wie sich diese in praktischen Friedensinitiativen und -prozessen niederschlagen.

Der englischsprachige Band “Roland Czada/Thomas Held/Markus Weingardt (Eds): Religions and World Peace. Religious Capacities for Conflict Resolution and Peace Building (= Religion – Konflikt – Frieden, Bd. 5) Baden-Baden: Nomos 2012“ richtet sich mit seinen Analysen vorzugsweise an ein internationales wissenschaftliches Zielpublikum.



3 Corinna Hauswedell/Margret Johannsen/Janet Kursawe/Bruno Schoch (Hrsg): Friedensgutachten 2012. Berlin 2012.
4 Corinna Hauswedell/Margret Johannsen/Janet Kursawe/Bruno Schoch (Eds): Peace Report 2012. A selection of texts. Berlin 2012.
5 Für weitere Informationen und Hinweise siehe die Internetpräsenz des „Friedensgutachten“ unter <www.friedensgutachten.de>.
6 Der Forschungsverbund Religion und Konflikt wird von Dr. Markus Weingardt, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg koordiniert. Siehe <www.religionundkonflikt.de>.
7 Siehe <www.friedensgespraeche.de>.



Der deutschsprachige Band „Reinhold Mokrosch/Thomas Held/Roland Czada (Hrsg.): Religionen und Weltfrieden. Friedens- und Konfliktlösungspotenziale von Religionsgemeinschaften. Stuttgart: Kohlhammer 2013“ hingegen soll ein breiteres Publikum ansprechen und enthält zusätzliche Beiträge, die aus der friedenspolitischen Praxis religiöser Akteure in unterschiedlichen Weltregionen berichten.

1.6 Förderung von Kleinprojekten

Mit ihrer Kleinprojektförderung unterstützt die Stiftung kleinere Forschungsprojekte, darunter insbesondere Pilotstudien und wissenschaftliche Tagungen sowie in sehr begrenztem Umfang auch wissenschaftliche Publikationen.

Das Förderangebot soll gezielt dazu beitragen, neue Forschungsfelder zu erschließen sowie unterschiedliche Forschungsstränge durch eine fächerübergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung zusammenzuführen. Darüber hinaus sollen die geförderten Projekte die internationale Kooperation und den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis stärken.

Im Berichtsjahr wurden bei der Geschäftsstelle insgesamt 17 Anträge auf Förderung von Kleinprojekten eingereicht, von denen neun Vorhaben, darunter zwei Pilotstudien und ein kleines Forschungsprojekt sowie sechs Tagungen und Workshops in die Förderung aufgenommen werden konnten. Die Förderquote bei Kleinprojekten liegt somit bei rund 53 Prozent und erreicht annähernd das Niveau des Vorjahres.

Im Jahr 2012 unterstützte die Stiftung die folgenden **Pilotstudien und kleinen Forschungsprojekte:**

Regelgebundene Entscheidungen im Weltsicherheitsrat:
Die Al-Qaida/Taliban-Sanktionsausschüsse

- Projektleiter: Prof. Dr. Thomas Gehring,
  Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
- Laufzeit: Februar bis Mai 2012
- Fördersumme: 14.860,00 Euro

Die Pilotstudie widmete sich am Beispiel der durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingerichteten Al-Qaida/Taliban-Sanktionsausschüsse der Frage, ob und wie durch die Sanktionsregime komplexe Governance-Strukturen geschaffen werden, die die vorherrschende Entscheidungslogik des Sicherheitsrats beeinflussen.

Hierfür untersuchte das Projektteam unter Berücksichtigung neuer Organisationstheorien die Entwicklung der Entscheidungsprozesse im Sanktionsausschuss und ihre schrittweise Verregelung, die zur Listung terrorverdächtiger Personen und Vereinigungen führten. Im Fall einer stärker regelgebundenen Herangehensweise erlangen auch die Entscheidungen des Sicherheitsrats größere Legitimität, da sie weniger auf opportunistischen Einzelentscheidungen beruhen. Neben der Auswertung von Dokumentationen und Berichten stützte sich die Pilotstudie auf die Erkenntnisse aus mehr als 20 Experteninterviews. Die Untersuchung bestätigte die Arbeitshypothese, dass der Sicherheitsrat die Entscheidungen des

Sanktionsausschusses durch Regelsetzungen lenkt und somit eine Grundlage für regelgeleitete Entscheidungen schafft, die dann schrittweise eingeführt wurden.

Die Erkenntnisse der Pilotstudie bildeten die Grundlage für die Ausarbeitung eines größeren Forschungsvorhabens. Erste Ergebnisse werden in einem Fachartikel veröffentlicht.[8]

Micro-Level Consequences of Group Violence (MLCGV)

- Projektleiter: Prof. Dr. Gerald Schneider,
  Universität Konstanz, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft
- Laufzeit: Mai bis Oktober 2012
- Fördersumme: 14.628,80 Euro

Unter der Federführung des Projektleiters Prof. Dr. Gerald Schneider beteiligten sich Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen von fünf Institutionen (DIW Berlin, GIGA Hamburg, Universität Greifswald, Universität Konstanz und Universität Mannheim) an dem Pilotvorhaben über die Konsequenzen von Gruppengewalt auf der Mikroebene. Hierdurch sollen politik- und wirtschaftswissenschaftliche Forschungsstränge zusammengeführt werden, um neue Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie gruppenbasierte Gewalt Gesellschaften, politische Institutionen und Konfliktbewältigungsstrukturen verändert.

Die empirische Basis für die vergleichend angelegten Untersuchungen bilden Datenerhebungen zu Haushaltspanels und Konfliktereignissen, die in mehreren Post-Konflikt-Gesellschaften durchgeführt werden. Das Projektteam erhofft sich erste Antworten auf die Frage, wie gruppenbasierte Gewalt sich äußert und wahrgenommen wird und wie sie menschliches Verhalten sowie die soziale und politische Integration beeinflusst.

Des Weiteren werden Erkenntnisse darüber erwartet, wie sich soziale und politische Spaltungsprozesse verändern und welche Folgen sie für sozio-ökonomische Ungleichheiten zwischen den Bevölkerungsgruppen haben. Schließlich sollen auch Rückschlüsse gezogen werden, wie sich Gewalt auf substaatliche politische Institutionen und Konfliktbewältigungsmechanismen auswirkt. Durch die Forschungskooperation im Rahmen der Pilotstudie soll die Grundlage für ein größeres Forschungsvorhaben geschaffen werden.

Gruppenidentität und Diskriminierung – eine experimentelle Untersuchung zur Friedenskonsolidierung

- Projektleiter: Prof. Dr. Johann Graf Lambsdorff,
  Universität Passau, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
- Laufzeit: März bis September 2013
- Fördersumme: 19.000,00 Euro

Das Forschungsvorhaben fragt nach den Ursachen für diskriminierendes Verhalten und mangelndes Vertrauen in der Bevölkerung der indonesischen Inselgruppe der Molukken. Hier wurde in den Jahren 1999 bis 2002 ein gewaltsamer Konflikt zwischen Christen und Muslimen ausgetragen, der bis in die Gegenwart soziale Spannungen und Ausschreitungen auslöst. Das Projektteam von Prof. Dr. Johann Graf Lambsdorff analysiert mit Hilfe

8 Thomas Gehring/Thomas Dörfler: Division of Labor and Rule-based Decisionmaking Within the UN Security Council: The Al-Qaeda/Taliban Sanctions Regime. Global Governance: A Review of Multilateralism and International Organizations 19 (2013), 4, pp. 567-587.

experimenteller Methoden aus der Verhaltensökonomik, welche Bedeutung ethnische und religiöse Identitäten in der örtlichen Gesellschaft haben und wie sich dies im Spielverhalten der Versuchsgruppen, insbesondere im Hinblick auf Diskriminierungen, auswirkt.

Insgesamt werden drei Experimente („Spiele“) mit 1.000 Probanden an zwei Universitäten durchgeführt, an denen jeweils überwiegend muslimische oder christliche Studierende eingeschrieben sind. Auf der Grundlage der Erhebungen zu diskriminierenden Verhaltensmustern sowie zur Vertrauenswürdigkeit in und zwischen den Identitätsgruppen sollen Rückschlüsse über die Gewaltursachen und die Eskalationspotenziale gezogen werden.

Die Ergebnisse der Studie sollen in einer Fachzeitschrift veröffentlicht werden.

Im Jahr 2012 förderte die DSF folgende **wissenschaftliche Tagungen und Workshops:**

Writing Pugwash Histories: From Hiroshima and Nagasaki to Kabul and Gaza

- Projektleiter: Dr. Holger Nehring,
  Arbeitskreis Historische Friedensforschung
- Wien, 10.-12. Mai 2012
- Fördersumme: 4.860,00 Euro (Teilförderung)

Die internationale Tagung widmete sich der konzeptionellen Herausforderung, die Geschichte der Pugwash Conferences on Science and World Affairs zu erforschen.[9]

Die Pugwash Conferences entstanden im Anschluss an das Russell-Einstein-Manifest vom Juli 1955 und vereinten weltweit Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die die Verantwortung der Wissenschaft im nuklearen Zeitalter hervorhoben und die Dialogkanäle über die Blockbildungen des Kalten Krieges hinweg offen hielten. Hierfür wurden die Pugwash Conferences 1995 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Ihre vielfältigen lokalen und globalen Aktivitäten stellen die Geschichtswissenschaft indes vor beträchtliche Herausforderungen.

Die Tagung führte verschiedene Forschungsrichtungen – Geschichte der internationalen Beziehungen, Wissenschafts- und Technikgeschichte, Geschichte der sozialen Bewegungen – zusammen, um grundlegende Fragen der historischen Aufarbeitung zu diskutieren. Soll Pugwash als eine Bewegung oder Organisation von Vermittlern, als Nichtregierungsorganisation oder professionelles Netzwerk betrachtet werden? Wie haben sich die Aktivitäten und Mitgliederstrukturen seit der Gründung von Pugwash verändert und wie lässt sich die Geschichte periodisieren? Nach welchen Kriterien soll der Erfolg oder Misserfolg bewertet werden?

Die Tagung näherte sich der Aufgabe in drei größeren Themenblöcken: mit Analysen zur Frühgeschichte von Pugwash, mit einem biographiegeschichtlichen Zugang und mit Untersuchungen zur Wechselbeziehung zwischen der lokalen und der globalen Ebene.

Die Ergebnisse der Diskussionen sollen den Ausgangspunkt für weitere Forschungsanstrengungen bilden.

9 <http://medienportal.univie.ac.at/uniview/veranstaltungen/detailansicht/artikel/pugwash-kleiner-ort-grosse-geschichte/>.

Towards a Fourth Sustainability Revolution and Sustainable Peace: Visions and Strategies for Long Term Transformative Change to Sustainable Development in the 21st Century

- Projektleiter: PD Dr. Hans Günter Brauch,
  AFES-PRESS e.V, Mosbach
- Yautepec, Morelos, Mexico, 10.-13. September 2012
- Fördersumme: 10.058,00 Euro

An der internationalen Tagung in Mexiko nahmen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen teil, die sich in unterschiedlichen Diskursen mit der Frage eines nachhaltigen Friedens befassen. Hierzu zählen die Forschungen über die Folgen des globalen Umwelt- und Klimawandels, zu Fragen von Frieden und Sicherheit im internationalen System sowie zu den Strategien eines langfristigen transformativen Wandels zur nachhaltigen Entwicklung.

Das Ziel der Tagung bestand darin, aus diesen Diskursen heraus neue Forschungsfragen und -felder für die internationale Friedensforschung zu entwickeln. Welche Wechselbeziehungen bestehen zwischen einer nachhaltigen Entwicklung in der Umweltforschung und dem Konzept des nachhaltigen Friedens? Welche Folgen könnten sich aus dem Nicht-Handeln oder aufgeschobenem Handeln für Frieden und Sicherheit, insbesondere im Hinblick auf die von Menschen verursachten Katastrophen, ergeben? Können öffentliche Diskurse und antizipative Lernprozesse den potenziellen Gefahren präventiv entgegenwirken?

In insgesamt zwölf Sitzungen widmeten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen in intensiven Diskussionen diesen komplexen Fragestellungen. Die Beiträge zur Tagung wurden als *Podcasts* im Internet zugänglich gemacht.[10] Darüber hinaus ist eine handbuchartige Veröffentlichung geplant, in die auch die Ergebnisse dieser Tagung einfließen sollen.

The Emergence of Humanitarian Intervention. Concepts and Practices in the 19th and 20th Centuries

- Projektleiter: Dr. Fabian Klose,
  Ludwig Maximilians Universität München
- München, 25.-27. Oktober 2012
- Fördersumme: 17.360,00 Euro

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten über humanitäre Interventionen und die internationale Schutzverantwortung wandte sich der Arbeitskreis Historische Friedensforschung der Frage zu, welche historischen Vorläufer diese Konzepte in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts hatten. Mit diesem Ziel lud der Arbeitskreis unter der Federführung von Dr. Fabian Klose internationale Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus verschiedenen Fachdisziplinen wie der Rechts- und Politikwissenschaft sowie der Soziologie und Geschichtswissenschaft ein, um das Thema einer systematischen Untersuchung zu unterziehen. Hierbei wurden vier Themenfelder bearbeitet: die Frage nach den Konzepten, Akteuren und Handlungsmustern in den beiden Jahrhunderten, die Ursprünge philosophischer und rechtlicher Legitimierungen für militärische Interventionen, die Rolle öffentlicher Mobilisierungskampagnen, die für und gegen ein Eingreifen initiiert wurden, und das Problem des Verhältnisses zwischen humanitärer Rechtfertigung und machtpolitischen

10 Siehe <http://afes-press-books.de/html/sustainability_workshop_programme.htm>.

Interessen. Die auf insgesamt sechs Panels vorgetragenen Beiträge sollen in einem Sammelband veröffentlicht werden.[11]

Alles hat seine Zeit – auch der Friede? Friedenstheorien und ihre Zeit- und Zukunftskonzeptionen

- Projektleiterin: Prof. Dr. Christina Schües,
  Universität zu Lübeck/Arbeitskreis Theorie der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK)
- Augsburg, 08.-10. November 2012
- Fördersumme: 7.450,00 Euro

Die Fachtagung des Arbeitskreises Theorie der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)[12] wandte sich der Frage zu, wie sich die theoretischen Konzepte von Frieden und Zeit zueinander verhalten und welche Bedeutung sie für gesellschaftliche Transformationsprozesse haben. Auch die Friedensforschung selbst unterliege unterschiedlichen Zeitauffassungen, ohne dass diese hinreichend reflektiert würden. Da diese Forschungsfragen bislang in keiner Fachdisziplin vertiefend aufgegriffen wurden, lag es nahe, eine fächerübergreifende Perspektive auf das Thema zu wählen.

Konzentrierten sich die Beiträge der ersten Tagungssektion auf eine philosophisch-theoretische und konzeptionelle Diskussion, so galt der nächste Arbeitsschritt dem Zusammenhang von Frieden und Vergangenheit. Hier wurde vor allem nach der Bedeutung der Zeit für Strategien der Kriegsbeendigung und der Bewältigung von Kriegsfolgen gefragt.

Die dritte Sektion schließlich widmete sich unterschiedlichen temporalen Dimensionen von Zukunftsentwürfen. Die Erkenntnisse aus der Tagung sollen für die Entwicklung neuer Forschungsvorhaben genutzt werden. Darüber hinaus ist die Veröffentlichung von einzelnen Beiträgen in den einschlägigen Fachzeitschriften der Friedens- und Konfliktforschung vorgesehen.

Transitions from armed to nonviolent resistance

- Projektleiterin: Dr. Veronique Dudouet,
  Berghof Foundation, Berlin
- Berlin, 11.-12. Januar 2013
- Fördersumme: 9.700,00 Euro (Teilförderung)

Auf der Tagung der Berghof Foundation wurden die vorläufigen Ergebnisse eines internationalen Forschungsprojektes vorgestellt, das sich mit der Frage nach den Bedingungen des Übergangs von gewaltsamem zu gewaltfreiem Widerstand am Beispiel von Bewegungen in Nepal, Ägypten, Palästina, Mexiko, Westsahara, Papua-Neuguinea und Kolumbien auseinandersetzte.

Das Ziel der Tagung bestand darin, die Forschungskonzeptionen, -erfahrungen und -befunde vorzustellen und die Vergleichsmöglichkeiten zu erörtern. Hierdurch sollten sowohl

11 Zum Tagungsbericht siehe: <http://www.akhf.de/node/75>.
12 Tagungsbericht unter <http://www.afk-web.de/arbeitskreis-theorie.html>.

verallgemeinerbare Ergebnisse als auch fallspezifische Besonderheiten herausgearbeitet werden.

Darüber hinaus hatte das Projektteam um Dr. Veronique Dudouet einige Experten und Expertinnen aus unterschiedlichen Forschungsrichtungen eingeladen, die die Projektergebnisse mit ihren jeweils eigenen Sichtweisen auf das Thema konfrontierten. Durch diesen interdisziplinären Dialog sollten die Forschungskonzepte präzisiert und erweitert werden.

Ferner diskutierten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen eine geplante wissenschaftliche Veröffentlichung zu den untersuchten Fallstudien sowie die Möglichkeit einer praxisrelevanten Aufbereitung der Forschungsergebnisse.[13]

Framing Political Violence: A Micro Approach to Civil War Studies

- Projektleiter: Prof. Dr. Andreas Hasenclever, Universität Tübingen
- Tübingen, 02.-03. September 2013
- Fördersumme: 10.050,00 Euro

Die Tagungskonzeption gründet auf der Feststellung, dass die Forschung wichtige Faktoren auf der strukturellen Ebene identifizieren konnte, die eine Gewalteskalation wahrscheinlicher machen. Sie stehe jedoch noch immer vor einem Rätsel, warum es unter ähnlichen Rahmenbedingungen zu gewaltförmigen oder zu gewaltfreien Konfliktformen komme. Es sei deshalb notwendig, vertiefend zu untersuchen, welche Prozesse auf der Mikroebene zu beobachten seien. Der Projektleiter Prof. Dr. Andreas Hasenclever will hierfür Methoden aus den Forschungen über soziale Bewegungen, insbesondere den *Framing*-Ansatz, für eine Analyse „kollektiver Deutungsschemata“ (*collective action frames*) heranzuziehen, um Einblicke in Radikalisierungs- und Mobilisierungsprozesse von kollektiven Gewaltakteuren, die zu einer Gewalteskalation von Konflikten führen können, zu gewinnen.

Zu Beginn der Tagung soll der Mehrwert des Forschungsansatzes im Vergleich zu anderen analytischen Konzepten der Gewaltforschung diskutiert werden.

Im Anschluss wird eine Reihe von einschlägigen Fallstudien aus verschiedenen Weltregionen vorgestellt und vergleichend ausgewertet. Hierbei wird nach den politischen Deutungsmustern der Identitätsgruppen sowie nach Mobilisierungsmustern gefragt, um auf diese Weise zu prüfen, wie der *Framing*-Ansatz für weiterführende Erkenntnisse in der Friedens- und Konfliktforschung genutzt werden kann.

Es ist vorgesehen, die Tagungsbeiträge entweder in einer Fachzeitschrift oder in einem Sammelband zu veröffentlichen.

1.7 Förderung von Vernetzungsprojekten der Friedens- und Konfliktforschung

Im Jahr 2012 förderte die DSF sechs Vernetzungsprojekte, von denen zwei vorrangig auf die Nachwuchsförderung ausgerichtet waren. Weitere Projekte zielten insbesondere auf

13 <http://jpr.sagepub.com/content/50/3/401.abstract>.

eine disziplinenübergreifende wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie auf den Dialog zwischen Wissenschaft und politischer Praxis.

Das Fördervolumen für diese Projekte beläuft sich auf rund 36 Tsd. Euro:

Widerstand – Gewalt – Umbruch: Bedingungen gesellschaftlichen Wandels Jahreskolloquium 2012 der AFK

- Projektleiter: Prof. Dr. Christoph Weller, Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)
- Schwerte, 22.-24. März 2012
- Fördersumme: 10.000,00 Euro

Das Jahreskolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) bildet das wichtigste Forum für den wissenschaftlichen Austausch und die Vernetzung innerhalb der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung. Das Tagungskonzept wurde in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiterentwickelt, wodurch die Diskussion über aktuelle Forschungsschwerpunkte und neue Forschungsansätze deutlich an Stellenwert gewann.

Darüber hinaus erlangte die Nachwuchsförderung eine zentrale Bedeutung. Der *Call for Papers* galt im Jahr 2012 dem Dachthema „Widerstand – Gewalt – Umbruch: Bedingungen gesellschaftlichen Wandels". Durch die offene Ausschreibung war es möglich, Beiträge aus unterschiedlichen Fachgebieten und Forschungsfeldern, z. B. der Friedenspädagogik, den Kultur- und Sozialwissenschaften, der Geschlechterforschung sowie der Religions- und Geschichtswissenschaft, zu gewinnen.

Der Hintergrund für die Themenwahl bestand in den gesellschaftlichen und politischen Umbrüchen im Nahen Osten und in Nordafrika. Diskutiert wurden insbesondere die Entstehung, Bedeutung und Ausformung verschiedener Widerstandsformen und die damit verbundene Grundfrage nach der Legitimität von Gewalt und Widerstand. In diesem Kontext spielte zudem die Frage nach den Bedingungen für friedliche gesellschaftliche Transformationsprozesse eine wichtige Rolle.

Das Kolloquium bot somit nicht nur einen breiten Einblick in die aktuelle Forschungsdiskussion über die komplexen Fragen sozialer Umbrüche, sondern eröffnete auch neue Perspektiven auf weiterführende Forschungsfragen und die dafür zur Verfügung stehenden theoretischen und methodischen Ansätze.

Die AFK veröffentlichte einen ausführlichen Bericht über das Jahreskolloquium auf ihrer Internetseite.[14]

14 Siehe unter <http://www.afk-web.de/fileadmin/afk-web.de/data/zentral/dokumente/tagungsberichte/AFK-Tagung-2012-Gereke-Widerstand-Gewalt-Umbruch.pdf>.

Gewalt – Staatlichkeit – Demokratie – Frieden? Neue Wege der Interventionsforschung – 22. Frühjahrsakademie Sicherheitspolitik

- Projektleiter: Wolfgang Tönnesmann, Atlantische Akademie R.-P. e.V.
- Lambrecht/Pfalz, Brüssel 11.-21. März 2012
- Fördersumme: 4.000,00 (Teilförderung)

Die Frühjahrsakademie Sicherheitspolitik ist eine etablierte Veranstaltung der Friedensforschung und Sicherheitspolitik, die sich die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zur Aufgabe macht. An der Tagung nahmen 23 Studierende und Promovierende aus sieben Ländern teil. Die 22. Frühjahrsakademie befasste sich mit dem hochaktuellen Thema „Neue Wege der Interventionsforschung". Hierbei galten die zentralen Fragen sowohl dem Ziel und der Legitimität von Interventionen als auch den Auswirkungen auf die betroffenen Gesellschaften und den Bedingungen für nachhaltige Friedensprozesse. Für die ausgewählten Themenschwerpunkte wurden namhafte Referenten und Referentinnen aus Wissenschaft und Praxis eingeladen, die mit ihren Vorträgen die Grundlage für eine vertiefte Auseinandersetzung schufen. An Ende des Akademieprogramms stand ein Simulationsspiel zur humanitären Hilfe in Syrien. Die Frühjahrsakademie endete mit einer Reise nach Brüssel, wo Gespräche über die Interventionspolitik bei der EU-Kommission, bei der NATO und mit Medienvertretern geführt wurden.

Abrüstung und Nichtverbreitung biologischer und chemischer Waffen Jahrestreffen des Arbeitskreises

- Projektleiterin: Prof. Dr. Kathryn Nixdorff, TU Darmstadt
- Berlin, 29. Oktober 2012
- Fördersumme: 3.482,00 Euro

Der Arbeitskreis ist das einzige Gremium in Deutschland, das Wissenschaft und Praxis im Themenfeld der Abrüstung und Nichtverbreitung biologischer und chemischer Waffen miteinander vernetzt. Er befasst sich insbesondere mit der Aufgabe, die Anforderungen an eine zeitgemäße Gestaltung der Rüstungskontrolle bei biologischen und chemischen Waffen zu analysieren und Vorschläge auszuarbeiten, wie die einschlägigen Konventionen über Biowaffen (BWÜ) und Chemiewaffen (CWÜ) gestärkt und weiterentwickelt werden können. Das Jahrestreffen 2012 zog einerseits ein Resümee der BWÜ-Überprüfungskonferenz 2011 und diskutierte die Aufgaben für die bevorstehende Überprüfungskonferenz zum CWÜ im April 2013. Beide Übereinkommen befinden sich in einer kritischen Übergangsphase. So verschiebt sich der Fokus der Aufgaben beim CWÜ zunehmend von der Abrüstung auf die Nichtverbreitung. Darüber hinaus führen neue technologische Entwicklungen, z. B. im Bereich der Toxine und Bioregulatoren, dazu, dass die Risiken biologischer und chemischer Waffen neu bewertet werden müssen. Für die Arbeitskreissitzung werden nationale und internationale Referenten eingeladen. Die Beiträge werden teilweise in Veröffentlichungen zugänglich gemacht.[15]

15 Siehe die Publikation zum BWÜ: Volker Beck et al.: Chance für einen Neubeginn in der Biowaffenkontrolle? Die Ergebnisse der 7. Überprüfungskonferenz des Biowaffen-Übereinkommens 2011. In: Wissenschaft und Frieden – Dossier 70 (Beilage zu Wissenschaft und Frieden 2/2012).

Kooperation im Spannungsfeld: Zum Verhältnis von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik – Heidelberger Dialog zur internationalen Sicherheit 2012

- Projektleiter: Thomas Wencker,
  Forum für internationale Sicherheit Heidelberg e.V.
- Heidelberg, 19.-21. Oktober 2012
- Fördersumme: 2.856,00 Euro (Teilförderung)

Die Stiftung hatte im Jahr 2009 mit einer Anschubfinanzierung dazu beigetragen, dass sich der Heidelberger Dialog zur internationalen Sicherheit etablieren konnte. Das Forum internationale Sicherheit ist eine gemeinsame Initiative von Nachwuchswissenschaftlern und Institutionen in Heidelberg, die in den Forschungsfeldern Friedens- und Konfliktforschung, Sicherheit und Außenpolitik angesiedelt sind.[16] Das Forum sucht die Vernetzung und den Dialog zwischen der Wissenschaft und verschiedenen Praxisakteuren. In den zurückliegenden Jahren ist es gelungen, auch überregional Beachtung zu finden. Der 4. Heidelberger Dialog befasste sich im Oktober 2012 mit der Leitfrage, in welchem Verhältnis entwicklungs- und sicherheitspolitische Strategien zueinander stehen sollten, um dem Ziel einer stabilen und nachhaltigen Friedenssicherung gerecht zu werden. Hierbei richtete sich der Blick nicht nur auf die normativen Grundlagen und gemeinsamen Handlungslogiken, sondern auch auf die Weiterentwicklung bestehender Konzepte.

Nach der Eröffnung des Dialogs durch den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel (MdB), folgten Vorträge, Paneldiskussionen und kleine Workshops, an denen Vertreter aus der Wissenschaft und Zivilgesellschaft, aus Militär und Ministerien ebenso mitwirkten wie die örtlichen Studierenden.[17]

Lehre vernetzen – Lehre verbessern. Curricula und Didaktik in der Friedens- und Konfliktforschung
Jahrestagung des AK Curriculum der AFK

- Projektleiter/in: Naida Mehmedbegović Dreilich und Dr. Thomas Nielebock,
  IFSH und Universität Tübingen
- Hamburg, 08.-10. November 2012
- Fördersumme: 6.070,00 Euro

Die Jahrestagung des Arbeitskreises „Curriculum“ der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung fand 2012 in Kooperation mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) statt. Im Mittelpunkt der Tagung stand wiederum der Austausch über Erfahrungen und aktuelle Entwicklungen in den Studiengängen der Friedens- und Konfliktforschung.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen, unter denen sich zahlreiche Nachwuchskräfte befanden, berichteten hierbei unter anderem über die Veränderungen in der Studienstruktur, die Ergebnisse von Akkreditierungsverfahren und stellten innovative Lehrkonzepte vor.

Des Weiteren wurde der englischsprachige Studiengang „*Master of Arts Programme in Peace, Development, Security and International Conflict Transformation*“ an der Universität Salzburg vorgestellt.

16 Siehe <http://fis-heidelberg.de/>.
17 <http://www.fis-hd.de/hdis2012.html>.

Der zweite Teil des Tagungsprogramms bestand auch in diesem Jahr aus einer hochschuldidaktischen Fortbildung. Die Einführung in das Thema „Feedback in der Lehre“ erfolgte durch einen Fachvortrag, an den sich praktische Übungen zu Feedbacksituationen anschlossen. Im letzten Abschnitt zogen die Arbeitskreismitglieder eine Bilanz der bisher angestoßenen Projekte und diskutierten in mehreren thematischen Arbeitsgruppen über neue Initiativen und Vernetzungsvorhaben.

Ein ausführlicher Bericht ist auf der Internetseite der AFK veröffentlicht worden.[18]

Sicherung der Welternährung und Armutsbekämpfung als Herausforderung für Frieden und Nachhaltigkeit

- Projektleiter/in: Prof. Dr. Ulrich Bartosch/Prof. Dr. Ulrike Beisiegel, Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. (VDW) und Universität Göttingen
- Göttingen, 30. November – 02. Dezember 2012
- Fördersumme: 10.000,00 Euro (Teilförderung)

Die Konferenz wurde gemeinsam von der Universität Göttingen und der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) ausgerichtet und wandte sich sowohl an die universitäre als auch an die städtische Öffentlichkeit. An der Eröffnung nahmen unter anderen auch die damalige Niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Johanna Wanka, und der Oberbürgermeister der Stadt Göttingen, Wolfgang Meyer, teil.

Am Beispiel der Themenfelder „Klimawandel, Welternährung und Armutsbekämpfung“ suchten die Initiatoren einen Diskursprozess anzustoßen, der sich mit Fragen der Nachhaltigkeit in Forschung und Politik auseinandersetzt. Hierbei richtete sich der Blick nicht zuletzt auch auf die Bedeutung von Forschungsaktivitäten, die die politische Praxis bei der Entwicklung von politischen Konzepten und Initiativen unterstützen. Einen zentralen Ausgangspunkt bildete die Beobachtung, dass die Nachhaltigkeits- und Friedensforschung große Schnittstellen aufweisen, ohne dass dies an den Universitäten bisher einen größeren institutionellen Niederschlag gefunden hat.

Ein wichtiges Ziel der Tagung bestand deshalb darin, einschlägige Forschungsschwerpunkte in den verschiedenen Fachdisziplinen der Universität Göttingen vorzustellen und zusammenzuführen sowie die Möglichkeiten einer fächerübergreifenden Zusammenarbeit auszuloten. An den insgesamt vier thematischen Foren beteiligten sich auch zahlreiche Studierende. Zusätzliche öffentliche Aufmerksamkeit erhielt die Tagung über die Aufzeichnung und Sendung eines Streitgesprächs durch den NDR. Die Impulse der Tagung sollen für einen nachhaltigen Diskursprozess an der Universität Göttingen genutzt werden, durch den die Themenfelder „Nachhaltigkeit und Frieden“ stärker in Forschung und Lehre verankert werden.

Ausführliche Tagungsberichte sind auf den Internetseiten der Universität Göttingen und der VDW veröffentlicht.[19] Eine Buchveröffentlichung mit ausgewählten Tagungsbeiträgen ist ebenfalls in Vorbereitung.

---

18 <http://www.afk-web.de/arbeitskreis-curriculum/treffen-des-ak-curriculum/jahrestreffen-2012.html>.

19 Siehe <http://www.uni-goettingen.de/de/409702.html> und <http://www.vdw-ev.de/index.php/de-DE/aktuelles-und-veranstaltungen-der-vdw/161-konferenz-zu-frieden-und-nachhaltigkeit>.

2. Struktur- und Nachwuchsförderung

In ihrer Gründungsphase legte die Deutsche Stiftung Friedensforschung ein Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung auf, für das einmalig rund fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden. Damit verband sie das Ziel, die strukturelle Verankerung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland nachhaltig zu stärken.

Mit den Anschubfinanzierungen der Stiftung wurden drei Masterstudiengänge für Friedens- und Konfliktforschung aufgebaut sowie eine naturwissenschaftliche Stiftungsprofessur und eine Promotionsförderung mit Betreuungssystem eingerichtet. Die Förderung der Projekte ist in den vergangenen Jahren ausgelaufen, Eine Ausnahme bildet die Einrichtung der Georg Zundel-Stiftungsprofessur an der TU Darmstadt, die in Ergänzung des Programms erst im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommen wurde.

Im Bereich der Nachwuchs- und Strukturförderung bietet die Stiftung keine aktuellen Fördermöglichkeiten mehr an.

2.1 Stiftungsprofessuren im Bereich der naturwissenschaftlichen Friedensforschung

Mit der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ konnte die naturwissenschaftliche Friedensforschung erstmalig mit einem Lehrstuhl an einer deutschen Universität verankert werden. Die DSF förderte die Stiftungsprofessur über einen Zeitraum von fünf Jahren (2006-2011). Hierfür wurden Fördermittel in einer Gesamthöhe von 1,25 Millionen Euro bereitgestellt.

Die Professur bildet den Kern des gleichnamigen Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), das eine fächerübergreifende Zusammenarbeit für Vorhaben in Forschung und Lehre ermöglicht. Die Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle. Das ZNF ist sowohl innerhalb der Universität Hamburg als auch mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen vielfach vernetzt und leistet durch seine aktive Einbindung in den Exzellenzcluster zur Klimaforschung (CliSAP) einen Beitrag zur weiteren Erschließung dieses neuen Forschungsfeldes für die Friedens- und Konfliktforschung.

Der erste Inhaber der Professur war Prof. Dr. Martin Kalinowski, der im Frühjahr 2012 für drei Jahre zur Teststopporganisation (CTBTO) in Wien wechselte. Für diesen Zeitraum wurde Prof. Dr. Gerald Kirchner als Nachfolger berufen.[20]

Im Jahr 2009 bewilligte die Stiftung Fördermittel an die TU Darmstadt für die Einrichtung der Georg Zundel-Stiftungsprofessur „Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit“. Hierbei handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt mit der Berghof Foundation.[21] Beide Stiftungen stellen in einem Förderzeitraum von fünf Jahren finanzielle Mittel in Höhe von 250 T€ zur Verfügung. Zudem beteiligt sich die TU Darmstadt mit einem eigenen Finanzierungsanteil. Nach Auslaufen der Förderung wird die Stiftungsprofessur in vollem Umfang durch die TU Darmstadt weiterfinanziert.

Die Professur trägt den Namen des Naturwissenschaftlers und Philanthropen Prof. Dr. Georg Zundel (1931-2007), der 1971 die Berghof Stiftung für Konfliktforschung, die bedeutendste private deutsche Fördereinrichtung für die Friedens- und Konfliktforschung, gründete.

---

20 Weitere Informationen unter <http://www.znf.uni-hamburg.de/znf.html>.
21 <www.berghof-foundation.org>.

Nachdem die erste Besetzung der Stiftungsprofessur im Fachgebiet der Biologie nach nur wenigen Monaten gescheitert war, suchten die Stiftungen für die Neuausschreibung in Zusammenarbeit mit der TU Darmstadt nach alternativen naturwissenschaftlich-technischen Forschungsfeldern. Schließlich wurde ein Konsens darüber erzielt, die Stiftungsprofessur im Fachgebiet Informatik einzurichten. Die Gespräche über die Forschungsschwerpunkte und die Fördermodalitäten konnten indes bis zum Jahresende nicht abgeschlossen werden. Ein Expertenworkshop im April 2013 sollte dazu beitragen, das Forschungsfeld und die Aufgaben der Professur stärker zu konturieren.[22]

2.2 Masterstudiengänge Friedens- und Konfliktforschung

Die Förderung von Masterstudiengängen „Friedens- und Konfliktforschung" durch die DSF ist 2011 endgültig ausgelaufen. Die Weiterfinanzierung der Studienangebote ist in vollem Umfang durch die begünstigten Universitäten übernommen worden. Zu den geförderten Studiengangprojekten zählte der postgraduale Masterstudiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik" an der Universität Hamburg,[23] der Masterstudiengang „Friedensforschung und Internationale Politik" an der Universität Tübingen[24] sowie der Masterstudiengang „Friedens- und Konfliktforschung" an der Universität Marburg.[25]

2.3 Promotionsförderung mit Betreuungssystem

Die Promotionsförderung der Stiftung wurde bereits 2002 an drei Standorten, dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und dem Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg eingerichtet. Die DSF stellte den Einrichtungen finanzielle Mittel für jeweils bis zu acht zweijährige Promotionsstipendien sowie Sachausstattungen zur Verfügung.

Im Berichtsjahr ist aus der Promotionsförderung folgende Dissertation als Buchveröffentlichung erschienen:

- Susanne Fischer: Reisen für den Frieden? Engagement von Unternehmen der Tourismusbranche in Israel und den palästinensischen Gebieten. Baden-Baden 2012.

Eine Möglichkeit zur Promotionsförderung durch die Stiftung besteht derzeit nicht mehr.

22 Die Verhandlungen über die Neuausschreibung der Stiftungsprofessur mit der TU Darmstadt konnten nicht erfolgreich zu Ende gebracht werden, weshalb die DSF und die Berghof Foundation einvernehmlich beschlossen, die Förderung zu beenden.

23 <http://www.ifsh.de/IFSH/studium/mps.htm>.

24 <http://www.wiso.uni-tuebingen.de/faecher/ifp/lehrende/ipol/master-friedensforschung-und-internationale-politik-mafip.html>.

25 <http://www.uni-marburg.de/studium/studienangebot/master/m-frukon>.

II. Transferaktivitäten und Veranstaltungen

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung unterstützt mit eigenen Veranstaltungen die Vermittlung von Forschungsbefunden aus der Friedens- und Konfliktforschung in die politische Praxis und Öffentlichkeit. Hierfür werden insbesondere auch die Ergebnisse genutzt, die aus den geförderten Forschungsprojekten hervorgegangen sind. In den zurückliegenden Jahren richtete die Stiftung wiederholt Fachgespräche, Parlamentarische Abende und eigene wissenschaftliche Konferenzen aus. Hinzu kommen Veranstaltungsprojekte mit anderen Kooperationspartnern, die das Ziel haben, Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Forschung zu friedenspolitischen Themen für ein breites Fachpublikum und eine interessierte Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ein besonderes Augenmerk richtet die Stiftung auf den Dialog zwischen der Friedens- und Konfliktforschung und politischen Entscheidungsträgern in Parlament und Regierung. Hierdurch sollen Anstöße für langfristig angelegte politische Strategien zur Förderung von Frieden und Sicherheit gegeben und Handlungsoptionen in zentralen aktuellen Handlungsfeldern der Friedens- und Sicherheitspolitik aufgezeigt werden.

1. Parlamentarischer Abend 2012 zu unbemannten bewaffneten Systemen

Der nunmehr siebte Parlamentarische Abend der Stiftung fand am 25. September 2012 in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin statt. Marina Schuster, Mitglied des Deutschen Bundestages und Mitglied im Stiftungsrat der DSF, übernahm die Schirmherrschaft über die Veranstaltung.

Marina Schuster MdB

Mit dem Thema des Abends „Unbemannte bewaffnete Systeme: Verändert der rüstungstechnologische Wandel den Umgang mit Konflikten? Eine friedenspolitische Perspektive“ griff die Stiftung eine in Politik und Öffentlichkeit kontrovers geführte Debatte auf, die durch die aktuellen Beschaffungspläne der Bundeswehr für „Kampfdrohnen“, – wie die unbemannten bewaffneten Flugsysteme im Allgemeinen genannt werden – einen zusätzlichen Auftrieb erhalten hatte. Sie konnte sich hierbei auf die Expertise von zwei geförderten Forschungsprojekten stützen, die bereits in die Förderung aufgenommen wurden, als sich ein verstärkter Trend hin zur Entwicklung und zum Einsatz unbemannter bewaffneter Systeme abzuzeichnen begann.

Die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der DSF, Dr. Constanze Stelzenmüller, moderierte den Parlamentarischen Abend. Der Stiftungsvorsitzende, Prof. Dr. Michael Brzoska, wies in seiner Einführung darauf hin, dass die aktuelle politische Debatte zwei Fragenkomplexe anspreche: Zum einen gehe es um die künftigen militärischen Einsatzkonzepte, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund völkerrechtlich außerordentlich problematischer Einsatzpraktiken wie gezielte Tötungen, zum anderen um die generellen Risiken und Folgewirkungen für die Friedens- und Sicherheitspolitik. Mit dem Parlamentarischen Abend wolle die Stiftung einen Beitrag dazu leisten, die Debatte über Drohnen, die bisher häufig von bloßen Meinungsäußerungen dominiert war, durch vertiefende Analysen auf eine fundierte Grundlage zu stellen. Seit einigen Jahren sei ein Trend zu erkennen, dass immer mehr Staaten dazu übergingen, ihre Streitkräfte mit Drohnen auszurüsten oder zumindest entsprechende Planungen in die Wege leiteten. Hieraus ergebe sich die Notwendigkeit, kritisch zu analysieren, welche friedenspolitischen Implikationen mit dieser Rüstungsinnovation verbunden sein werden. So sei erstens danach zu fragen, ob durch die Verfügbarkeit dieser Waffensysteme die Schwelle zum Gewalteinsatz abgesenkt, und zweitens, ob die Art der Kriegführung verändert werde. Diese Diskussion könne zudem nicht losgelöst von der Frage geführt werden, ob es nicht in der Logik dieser Technologien liege, dass über kurz oder lang zunehmend autonom funktionierende Systeme entwickelt würden, bei denen Computer die Entscheidung über den Einsatz tödlicher Wirkmittel träfen. Eine solche Möglichkeit könne schon heute nicht mehr als *Science Fiction* abgetan werden, da sie längst Gegenstand militärischer Planspiele sei. Ein weiteres Problem bestehe in der Proliferation unbemannter bewaffneter Systeme. Was werde geschehen, wenn diese Waffensysteme durch eigene Herstellung oder Waffenhandel eine große Verbreitung fänden und womöglich sogar in die Hände krimineller Organisationen oder Terrorgruppen fielen?

Prof. Dr. Michael Brzoska

Der Stiftungsvorsitzende sah als zentrales Motiv für die Beschaffung von Drohnen, dass durch den Einsatz keine eigenen Soldaten gefährdet und zugleich längere Einsatzzeiten („Standzeiten“) – nicht zuletzt auch zum Schutz der eigenen Soldaten – ermöglicht würden. Aus diesem militärstrategi-

schen Vorteil resultiere aber auch die größte friedenspolitische Gefahr, nämlich die Versuchung, früher und schneller militärische Einsätze zu befehlen, als es ohne diese Waffensysteme geschehen würde. Gerade in Demokratien spielten die eigenen Opfer unter den Soldaten und Soldatinnen eine wichtige Rolle.

Prof. Brzoska betonte indes, dass eine solche Entwicklung keineswegs zwangsläufig sei, zumal auch künftig Menschen über den Einsatz militärischer Waffentechnik entscheiden würden. Die Kriegsgeschichte weise jedoch zahlreiche Beispiele auf, wo technische Fähigkeiten einen wesentlichen Einfluss auf Entscheidungen für den Gewalteinsatz ausübten.

Darüber hinaus müsse sich die Diskussion schon heute der bedeutsamen Frage stellen, wie eine mögliche Rüstungsspirale bzw. die unkontrollierte Verbreitung unbemannter Systeme in allen Varianten und Größenordnungen durch rüstungskontrollpolitische Verbote und Begrenzungen aufgehalten werden könne.

Der Physiker Dr. Jürgen Altmann von der Universität Dortmund stellte in seinem Beitrag die Ergebnisse seines von der DSF geförderten Forschungsprojekts vor. Die Entwicklung unbemannter bewaffneter Systeme bei Land-, See- und Luftfahrzeugen habe eine längere Vorgeschichte, doch erst in jüngerer Zeit werde ihnen eine hohe Priorität bei der Forschung, Entwicklung und Beschaffung beigemessen. Der Schwerpunkt liege weiterhin bei Flugsystemen, die bereits in über 50 Staaten geplant und hergestellt würden. Bislang hätten jedoch lediglich die USA, Israel, Iran und China einsetzbare bewaffnete Drohnen. Hierbei handle es sich ausschließlich um propellergetriebene Maschinen. Das rüstungstechnische Ziel bestehe aber darin, baldmöglichst düsengetriebene Drohnen oder auch unbemannte Kampfhubschrauber zu produzieren. Des Weiteren befasse sich die Forschung und Entwicklung mit der Herstellung kleiner und kleinster Luftfahrzeuge, die auch in Schwärmen eingesetzt werden sollen.

Schon heute hätten Drohnen ein hohes Maß an technologischer Autonomie sowohl bei der Flugsteuerung als auch bei der Vorauswertung von elektronischen Daten erreicht. Doch der Fortschritt bei Sensoren sowie der Bild- und Signalauswertung werde den Grad der Autonomisierung weiter vergrößern, ganz zu schweigen von militärischen Planspielen, die die Option eines autonomen Einsatzes zunehmend erforderlich machten. Die Logik dieser technischen Entwicklungen schränke die direkte Entscheidungsbeteiligung von Menschen immer stärker ein, was auf massive philosophisch-ethische und (völker-)rechtliche Einwände stoße.

Die unvermeidliche Verbreitung des technologischen Know-hows werde dazu führen, dass bereits in einem absehbaren Zeitraum von ein bis zwei Jahrzehnten erhebliche Proliferationsgefahren entstünden, mit unabwägbaren Risiken für die internationale Stabilität und Sicherheit. Denkbar sei ferner auch die Entwicklung und Herstellung von kleinen Kampfsystemen, die ein hohes Missbrauchspotenzial nicht zuletzt durch kriminelle und terroristische Gruppen aufwiesen. Dr. Altmann plädierte in seinem Beitrag für eine Politik der präventiven Rüstungskontrolle. Schon heute seien bestimmte internationale Abkommen wie z. B. der KSE-Vertrag und Exportkontrollbestimmungen zu beachten.

Dr. Altmann entwickelte aus seiner Analyse der technologischen Entwicklungstrends und der Abschätzung möglicher Folgewirkungen klare Schlussfolgerungen und politische Empfehlungen. Sofern ein wünschenswertes allgemeines Verbot unbemannter bewaffneter Systeme nicht erreicht werden könne, sei zumindest ein vollständiges Verbot für folgende Systeme anzustreben:

- Unbemannte bewaffnete Fahrzeuge mit autonomer Entscheidungsfähigkeit über den Waffeneinsatz
- Neue Systeme unbemannter Kernwaffenträger
- Unbemannte Weltraumwaffen

Des Weiteren sei nachdrücklich zu empfehlen, durch internationale Abkommen quantitative und qualitative Begrenzungen zu vereinbaren: Hierzu zählten:

- die qualitative Begrenzung von Reichweite, Nutzlast und Betriebsdauer
- quantitative Begrenzungen: Obergrenzen für die nationalen Bestände in verschiedenen Unterkategorien
- starke Begrenzungen unterhalb einer minimalen Größe; vollständiges Verbot von Systemen unter 0,2 bis 0,5 Meter Größe

Bei den Begrenzungen könne man sich an den Bestimmungen des KSE-Vertrages orientieren und diese wenn nötig modifizieren. Weitere internationale Abkommen sollten um den Punkt „Unbemannte Systeme“ ergänzt werden. Zum Schluss seines Beitrags warnte Dr. Altmann nachdrücklich davor, die Debatte über die Einführung von Kampfdrohnen auf den Schutz der eigenen Soldaten und militärstrategische Vorteile zu verkürzen. Es sei dringend erforderlich, sowohl die technologische Dynamik hin zu autonomen Systemen mit allen ihren Folgen als auch die Risiken für die internationale Stabilität und Sicherheit in die Diskussion einzubeziehen. Frühzeitige Vereinbarungen über rüstungskontrollpolitische Begrenzungen und Verbote könnten ferner dazu beitragen, die Gefährdungspotenziale einer unkontrollierten Entwicklung einzuhegen.

Im Anschluss beleuchtete Prof Dr. Thilo Marauhn von der Universität Gießen den Einsatz von unbemannten bewaffneten Flugsystemen aus der völkerrechtlichen Perspektive. Die Forschungsarbeiten zu diesem Thema sind ebenfalls durch die Stiftung gefördert worden. Es sei zwar grundsätzlich sehr zu begrüßen, dass eine breite öffentliche Debatte über den Einsatz von Drohnen geführt werde, die Diskussion leide jedoch bisweilen unter mangelnden Differenzierungen der einschlägigen völkerrechtlichen Bestimmungen. So würden ethische, völkerrechtliche und sicherheitspolitische Erwägungen häufig in undifferenzierter Weise miteinander verknüpft, wodurch auch der Blick auf politische Entscheidungs- und Handlungsspielräume verstellt würde. Prof. Marauhn hob hervor, dass sich sein Beitrag auf das bestehende Völkerrecht fokussieren und weniger auf mögliche Weiterentwicklungen eingehen werde.

Dr. Stelzenmüller, Dr. Altmann und Prof. Marauhn

Unbemannte Flugkörper seien völkerrechtlich als Luftfahrzeuge einzuordnen, für die bestimmte souveränitätsstützende und luftverkehrsrechtliche Bestimmungen gelten. Ferner seien sie als Trägersysteme und nicht als Waffen zu klassifizieren. Bei der Ausrüstung müssten folglich bestehende völkerrechtliche Waffenverbote eingehalten werden. Auch im Hinblick auf das Erste Zusatzprotokoll (1977) zu den Genfer

Abkommen von 1949, demzufolge neue Waffen und Mittel der Kriegführung auf ihre Vereinbarkeit mit geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen zu prüfen seien, bestehe kein Handlungsbedarf, da keine Eigenschaften von unbemannten bewaffneten Systemen festgestellt werden könnten, die nicht durch die Ausführungen dieser Verträge abgedeckt würden. Die völkerrechtliche Beurteilung der Systeme sei folglich einsatzabhängig vorzunehmen. Hier müsse zwischen Einsätzen in internationalen bewaffneten Konflikten, in nicht-internationalen bewaffneten Konflikten und außerhalb bewaffneter Konflikte unterschieden werden.

Für den Einsatz in internationalen bewaffneten Konflikten erlange das Unterscheidungsgebot zentrale Bedeutung, d. h. die Konfliktparteien unterscheiden jederzeit zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung bzw. zwischen militärischen Zielen und zivilen Objekten. Hierzu sei festzustellen, dass die technologischen Möglichkeiten zur Zielerfassung und Zielbestimmung deutlich verbessert worden seien, so dass bei Drohnen die Einhaltung des Unterscheidungsgebots bei entsprechenden Einsatzregeln eventuell sogar verbessert werde. Ein Vorbehalt gegen einen Einsatz lasse sich aus diesem Punkt nicht ohne weiteres ableiten. Freilich sei zu beachten, dass das Bedienungspersonal der Drohnen im Konfliktfall einen Kombattantenstatus erhalte, was es ebenso wie die Drohnen selbst, ihre Basis- und Bodenstationen zu legitimen Zielen der gegnerischen Konfliktpartei mache. Befinde sich die Basis in einem Drittstaat stelle sich zusätzlich die Frage des Neutralitätsrechts.

Bei einem nicht-internationalen Konflikt, der die große Mehrzahl des heutigen Konfliktgeschehens ausmache, gelten für den Einsatz von Kampfdrohnen ähnliche Standards wie in internationalen bewaffneten Konflikten. Bei der Einhaltung des Unterscheidungsgebots bestehe indes das Problem, dass der Status der an den Kampfhandlungen beteiligten bewaffneten Gruppen völkerrechtlich nicht geregelt sei. Eine weitere Bruchstelle ergebe sich dann, wenn die Steuerungs- und Basiseinheit für die Drohne außerhalb des staatlichen Territoriums liege. Hier bestehe in Einzelfällen noch ein zusätzlicher Regelungsbedarf.

Außerhalb bewaffneter Konflikte gelte zunächst das völkerrechtliche Interventions- und Gewaltverbot, was jedoch nicht absolut gefasst sei. Eine Ausnahme gebe es einerseits durch das individuelle und kollektive Recht auf Selbstverteidigung, andererseits hebe auch die Zustimmung eines Territorialstaats für den Einsatz von Drohnen dieses Verbot auf. Darüber hinaus komme eine Resolution des Sicherheitsrates auf der Grundlage von Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen als Ausnahmefall in Betracht. Der Einsatz von Kampfdrohnen für gezielte Tötungen außerhalb bewaffneter Konflikte sei indes im Regelfall völkerrechtlich nicht zulässig. Selbst wenn eine Ausnahme unter bestimmten Voraussetzungen zulässig wäre, so sei eine Inkaufnahme der Tötung unbeteiligter Personen völkerrechtlich ausgeschlossen. Im Hinblick auf eine stärkere Konturierung eines globalen Gefahrenabwehrrechts bestünden indes noch enorme Schwierigkeiten und es sei zweifelhaft, ob sich ein einheitliches Regelwerk überhaupt als brauchbar erweisen würde.

Die Beiträge zum Parlamentarischen Abend sind in Heft 9 der stiftungseigenen Reihe „Arbeitspapiere DSF“ veröffentlicht.[26]

---

26 Unbemannte bewaffnete Systeme: Verändert der rüstungstechnologische Wandel den Umgang mit Konflikten? Eine friedenspolitische Perspektive. Beiträge zum Parlamentarischen Abend der DSF am 25.09.2012. Osnabrück 2013 (Arbeitspapiere DSF No 9). Im Netz zu finden unter <http://www.bundesstiftung-friedensforschung.de/images/pdf/arbeitspapiere/arbeitspapiere9.pdf>.

2. Kooperationsveranstaltung mit dem Auswärtigen Amt zum Arms Trade Treaty (ATT)

Am 6. Juni 2012 war die Deutsche Stiftung Friedensforschung Kooperationspartner des Auswärtigen Amtes bei der Ausrichtung des 30. Forum Globale Fragen, das sich mit dem Thema „Der internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) – mehr Sicherheit durch gemeinsame Standards?“ auseinandersetzte.[27] Hintergrund der Veranstaltung war, dass nach mehrjährigen Vorbereitungen im Juli 2012 eine internationale Konferenz der Vereinten Nationen in New York dem Arms Trade Treaty zum Durchbruch verhelfen sollte.[28] Das Ziel dieses Abkommens besteht darin, den Handel mit konventionellen Waffen zu regulieren. Hierdurch sollen insbesondere der illegale Waffenhandel, der Waffenmissbrauch in Konflikten und damit verbundene schwere Menschenrechtsverletzungen unterbunden werden. Die Bundesregierung hatte sich nachdrücklich für einen Abschluss dieses internationalen Vertragswerkes eingesetzt und gefordert, dass neben Großwaffensystem auch Klein- und Leichtwaffen sowie Munition einbezogen werden. Durch einen umfassenden und starken ATT lasse sich ein wirksamer Beitrag zur Gewalt- und Krisenprävention sowie zum Schutz der Menschenrechte erzielen.

Die Verhandlungen über den ATT waren indes von heftigen Kontroversen unter den beteiligten Staaten, vor allem auch der großen Rüstungsexporteure, begleitet. Umstritten war vor allem, was in die vertraglichen Regelungen aufgenommen werden sollte. Das Forum Globale Fragen verfolgte deshalb das Ziel, Repräsentanten aus staatlichen Institutionen und aus der Zivilgesellschaft zusammenzuführen, um den Stand der Verhandlungen zu diskutieren und eventuelle Handlungsspielräume auszuloten. Für das Impulsreferat konnte der Vorsitzende des Vorbereitungsausschusses für einen internationalen Waffenhandelsvertrag, Roberto Garcia Moritán, gewonnen werden, der einen Einblick in die aktuellen Verhandlungsverläufe gab. Das anschließende erste Panel befasste sich mit dem Thema „Der Waffenhandelsvertrag als Element einer umfassenden Friedens- und Rüstungskontrollagenda“. Unter der Moderation des Stiftungsvorsitzenden, Prof. Dr. Michael Brzoska, erörterten Daniel Prins, Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA), Roderich Kiesewetter, Mitglied des Deutschen Bundestages, Rolf Wilhelm Nikel, Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle/Auswärtiges Amt und Nounou Booto Meeti, International Action Network on Small Arms (IANSA) die unterschiedlichen Zielsetzungen und Erwartungen, die sich mit einem möglichen Abschluss des Vertrages verbinden.

Danach erläuterte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Georg Link, in seinem Vortrag die deutsche Haltung zum ATT. Die drei Leitideen der deutschen Position bestünden darin, dass der Vertrag „robust anwendbar und wirksam, umfassend und rechtlich verbindlich sowie geprägt durch hohe Standards für Ausfuhrgenehmigungs-

27 <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/GlobaleFragen/ForumGF/Uebersicht_node.html>. Für Informationen zum ATT siehe <http://www.armscontrol.org/subject/116/date>.

28 Die Verhandlungen konnten im März 2013 zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden.

Entscheidungen“ sein müsse. Nur hierdurch ließen sich die drei grundlegenden Ziele des Abrüstungsdiskurses – Legitimität, Sicherheit und Verantwortung – angemessen erreichen.

Das zweite Panel wandte sich unter der Moderation des Journalisten Tim Aßmann den konkreten Elementen des internationalen Waffenhandelsvertrags zu und setzte sich mit den „Kriterien für Waffenexporte vor dem Hintergrund international gültiger Menschenrechtsstandards und des humanitären Völkerrechts“ auseinander. An der Diskussion beteiligten sich Jörg Ranau, Auswärtiges Amt; Brian Wood, Amnesty International; Peter Herby, Internationales Komitee vom Roten Kreuz, und Paul Holtom, Stockholm International Peace Research Institute.

Trotz des speziellen Themas stieß das Forum Globale Fragen auf eine sehr erfreuliche Teilnehmerresonanz.

III. Aufgaben und Struktur der Stiftung

Im Oktober 2000 gründete die Bundesrepublik Deutschland die Deutsche Stiftung Friedensforschung, die ihren Sitz in der Friedensstadt Osnabrück hat. Die DSF ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts und als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung anerkannt. Sie ist eine Einrichtung der Forschungsförderung, deren Aufgabe darin besteht, wissenschaftliche Vorhaben und strukturelle Entwicklungen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zu unterstützen.

Die Stiftungssatzung legt die Aufgaben und Ziele der DSF sowie ihre Organstruktur fest. Gemäß § 2 der Satzung verfolgt die Stiftung den Zweck, „die Friedensforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen“.

Die DSF verwirklicht den Stiftungszweck, indem sie wissenschaftliche Projekte der Friedens- und Konfliktforschung fördert oder auch initiiert, nationale und internationale wissenschaftliche Konferenzen durchführt und die Ausbildung und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses unterstützt. Eigene wissenschaftliche Untersuchungen führt die Stiftung nicht durch.

1. Der Stiftungsrat

Das Leitungsorgan der Stiftung ist der Stiftungsrat. Ihm gehören 15 ehrenamtlich tätige Mitglieder an, die durch die Stifterin, die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesministerin/den Bundesminister für Bildung und Forschung, berufen werden. Der Berufungszeitraum erstreckt sich auf fünf Jahre. Eine einmalige Wiederbestellung ist möglich.

Der Stiftungsrat legt die Leitlinien der Forschungsförderung fest und entscheidet über die Vergabe der Fördermittel. Er beschließt den jährlichen Wirtschaftsplan, der Angaben über die erwarteten Erträge aus dem Stiftungsvermögen und über die geplanten Aufwendungen für Fördermaßnahmen, Initiativprojekte und institutionelle Kosten enthält. Außerdem erstellt er eine Jahresrechnung und einen Tätigkeitsbericht.

Der Stiftungsrat wird durch den Vorsitzenden und/oder die beiden stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Gemeinsam bilden diese den Geschäftsführenden Vorstand. Als Vorsitzender des Stiftungsrates amtiert seit April 2010 Prof. Dr. Michael Brzoska, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

Stellvertretende Vorsitzende sind Dr. Helge Braun, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), und Prof. Dr. Tobias Debiel, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen.

Der Stiftungsrat setzt sich aus acht Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, darunter ein Vertreter/eine Vertreterin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, sowie vier Vertretern/Vertreterinnen der Bundesregierung und drei Mitgliedern des Deutschen Bundestages zusammen.

In dieser Zusammensetzung kam der Stiftungsrat am 08. Mai 2012 und am 22. November 2012 zu ordentlichen Sitzungen zusammen.

Dem Gremium gehörten zum Jahresende 2012 folgende Mitglieder an:

- **Dr. Helge Braun**
  Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
- **Prof. Dr. Michael Brzoska**
  Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
- **Prof. Dr. Susanne Buckley-Zistel**
  Zentrum für Konfliktforschung, Universität Marburg
- **Prof. Dr. Christopher Daase**
  Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.
- **Prof. Dr. Tobias Debiel**
  Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen
- **Dr. h. c. Gernot Erler**
  Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Staatsminister a. D.
- **Prof. Dr. Cilja Harders**
  Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, FU Berlin
- **Michael Georg Link**
  Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP), Staatsminister im Auswärtigen Amt
- **Gudrun Kopp**
  Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP), Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- **Dr. Karl Lamers**
  Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Mitglied im Aussschuss für Verteidigung
- **Prof. Dr. Georg Nolte**
  Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Humboldt-Universität zu Berlin
- **Christian Schmidt**
  Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung
- **Marina Schuster**
  Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP), Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- **PD Dr. Ines-Jacqueline Werkner**
  Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg

Im Berichtsjahr berief die damalige Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Prof. Dr. Annette Schavan, zwei Personen neu in den Stiftungsrat:

- **Michael Georg Link,** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und Staatsminister im Auswärtigen Amt
- **PD Dr. Ines-Jacqueline Werkne**r, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg

Zum Jahresende schied Prof. Dr. Ulrike Beisiegel, Präsidentin der Universität Göttingen, vorzeitig aus dem Stiftungsrat aus.

Die erforderliche Neuberufung (Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Universität Osnabrück) erfolgte erst zum 1. Juni 2013.

Die Stiftung dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern des Stiftungsrats, **Prof. Dr. Ulrike Beisiegel**, Staatsminister a. D. **Dr. Werner Hoyer** und **Dr. Markus Weingardt,** ehemals Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg, für ihre engagierte Mitwirkung.

2. Der Wissenschaftliche Beirat

Die Satzung eröffnet der Stiftung die Möglichkeit, einen Wissenschaftlichen Beirat zu berufen. Dieser berät den Stiftungsrat und den Stiftungsvorstand insbesondere in Fragen der inhaltlichen Ausrichtung der Forschungsförderung und der Vermittlung der aus den geförderten Projekten hervorgehenden Forschungsergebnisse. Die Mitglieder stehen der Stiftung außerdem für gutachterliche Tätigkeiten zur Verfügung. Die Geschäftsordnung des Stiftungsrats legt fest, dass der Beirat bis zu 20 Personen umfassen kann. Der Berufungszeitraum beträgt drei Jahre.

Die Zusammensetzung des Wissenschaftlichen Beirats blieb im Jahr 2012 unverändert. Der Stiftungsrat verlängerte die Berufung von Prof. Dr. Gerhard Beestermöller, Institut für Theologie und Frieden (IThF), Hamburg, um weitere drei Jahre.

Dem Wissenschaftlichen Beirat der DSF gehörten Ende 2012 folgende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an:

- **Dr. Constanze Stelzenmüller** (Vorsitzende)
  The German Marshall Fund of the United States, Berlin
- **Prof. Dr. Martin Kalinowski** (stellv. Vorsitzender)
  Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), Universität Hamburg
- **Prof. Dr. Gerhard Beestermöller**
  Institut für Theologie und Frieden (ITHF), Hamburg
- **Dr. Martina Fischer**
  Berghof Foundation, Berlin
- **Prof. Dr. Wolfgang Frindte**
  Institut für Psychologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena

- **PD Dr. Andreas Heinemann-Grüder**
  Bonn
- **Prof. Dr. Katharina Holzinger**
  Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz
- **Uli Jäger**
  Berghof Foundation/Friedenspädagogik Tübingen
- **Prof. Dr. Annette Jünemann**
  Institut für Politikwissenschaft, HSU der Bundeswehr, Hamburg
- **Prof. Dr. Heike Krieger**
  Institut für Rechtswissenschaft, FU Berlin
- **Prof. Dr. Birgit Mahnkopf**
  Fachhochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin
- **Prof. Dr. Dirk Messner**
  Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn
- **Dr. Holger Nehring**
  Arbeitskreis Historische Friedensforschung, University of Sheffield
- **Prof. Dr. Götz Neuneck**
  Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS), Hamburg
- **Prof. Dr. Günther Schlee**
  Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle
- **Prof. Dr. Ulrich Schneckener**
  Universität Osnabrück
- **Prof. Dr. Klaus Schlichte**
  Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, Universität Bremen
- **Prof. em. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas**
  Institut für Internationale und Interkulturelle Studien (InIIS), Universität Bremen

Nachdem der Wissenschaftliche Beirat bereits im Vorjahr die Beratungen über die Neustrukturierung der Förderangebote der DSF aufgenommen hatte, konnten für die Frühjahrssitzung des Stiftungsrats konkrete Empfehlungen vorgelegt werden, die unterschiedliche Optionen und Schwerpunkte für die künftige Ausrichtung der Förderung ausleuchteten. In den Empfehlungen stellte der Beirat fest, dass die Stiftung in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens beachtliche Förderleistungen erbracht habe, nicht zuletzt auch durch das Sonderprogramm zur Struktur- und Nachwuchsförderung.

Gemessen an ihrem Satzungsauftrag verfüge die Stiftung jedoch über keine angemessene Kapitalausstattung, wodurch auch den Vorschlägen des Beirats zu Änderungen bei den Förderangeboten enge finanzielle Grenzen gesetzt würden. Dennoch gebe es auch unter den gegebenen Bedingungen eine Reihe von Optimierungsmöglichkeiten, um die DSF als Einrichtung der Forschungsförderung besser zu profilieren und ihre Potenziale für die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung effektiver auszuschöpfen. Hierbei solle die Stiftung künftig stärker ihre Alleinstellungsmerkmale in den Vordergrund rücken und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in einer geeigneten Form wiederaufnehmen.

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats stellten drei Modelle mit unterschiedlichen Akzentuierungen der Förderschwerpunkte zur Diskussion. Der Stiftungsrat bewertete die Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats als eine ausgezeichnete Grundlage, die Förderangebote der DSF weiterzuentwickeln.

Im Anschluss an die Neustrukturierung der Förderangebote ergab sich ferner die Notwendigkeit, die Grundsatzpapiere der Stiftung für die Förderung von Projekten an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Der Wissenschaftliche Beirat befasste sich deshalb auf seiner jüngsten Sitzung, die aufgrund der Entscheidungsprozesse im Stiftungsrat in den Januar 2013 verschoben wurde, mit der Frage, ob es weiterhin thematische Leitlinien für die Förderung geben soll und wie die maßgeblichen Förderkriterien definiert werden können. Die Mitglieder des Beirats waren sich darin einig, dem Stiftungsrat vorzuschlagen, auf eine Neufassung der „Leitlinien der Forschungsförderung“ zu verzichten und die „Rahmenbedingungen Forschungsprojektförderung“ um eine thematisch ausgerichtete Präambel zu ergänzen. Der Beirat legte dem Stiftungsrat seine ausgearbeiteten Empfehlungen auf der Frühjahrssitzung 2013 vor.

3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück

Der Sitz der Deutschen Stiftung Friedensforschung ist Osnabrück. Im Steinwerk Ledenhof befindet sich die Geschäftsstelle der Stiftung, die mit zwei Vollzeit- und einer 65-Prozent-Personalstelle ausgestattet ist. Sie wird seit August 2001 durch den Geschäftsführer, Dr. Thomas Held, geleitet. Zum Team der Geschäftsstelle gehören ferner Sabine Podranski, die das Aufgabengebiet Sekretariat und Sachbearbeitung betreut, sowie Petra Menke, die für die Buchführung und die Internetpräsenz der Stiftung zuständig ist. Ergänzt wird das Team regelmäßig durch studentische Praktikanten und Praktikantinnen.

Die Geschäftsstelle bereitet die Sitzungen der Stiftungsorgane vor und führt deren Beschlüsse aus. Sie stellt die Informationen und Unterlagen für den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung und den Tätigkeitsbericht der DSF zusammen.

Die Geschäftsstelle übernimmt zudem Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit und organisiert die Veranstaltungen der Stiftung. Schließlich betreut sie auch die stiftungseigenen Veröffentlichungen „Jahresberichte DSF“, „Forum DSF“, „Forschung DSF“ und „Arbeitspapiere DSF“.

4. Die Verwaltung unselbstständiger Stiftungen

Die Satzung ermöglicht der Stiftung, rechtlich selbstständige und unselbstständige Stiftungen in ihre Verwaltung zu übernehmen.

Seit September 2011 befindet sich die Ludwig Quidde-Stiftung in der Verwaltung der DSF. Das Stiftungsvermögen wird als Sondervermögen geführt. Für die laufenden Geschäfte berief der Stiftungsrat einen eigenen Vorstand.

Der Jahresbericht enthält ein eigenes Berichtskapitel für diese unselbstständige Stiftung (siehe Kapitel V).

IV. Finanz- und Wirtschaftsbericht

Mit den ausschüttungsfähigen Erträgen aus der Bewirtschaftung des Stiftungskapitals finanziert die Stiftung sowohl ihre Förderleistungen als auch ihre institutionellen Kosten.

Gemäß § 3 (2) der Stiftungssatzung kann die DSF ihre finanziellen Handlungsspielräume ausweiten, indem sie einen Teil des Stiftungskapitals für Förderzwecke verzehrt. Hiervon machte die Stiftung in den Jahren 2002 bis 2004 und 2009 Gebrauch, um zusätzliche Mittel für das Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung bereitzustellen. Die Verringerung des Stiftungskapitals wurde in den Jahren 2004 bis 2007 durch Zustiftungen des Bundes nahezu vollständig ausgeglichen.

Grundsätzlich setzt sich die Stiftung das Ziel, das Stiftungskapital in seinem nominalen Wert in Höhe von 27,06 Mio. Euro zu erhalten. Die Bildung von Rücklagen zum realen Werterhalt ist stark abhängig von den Erträgen, die auf den internationalen Kapitalmärkten generiert werden können. Die derzeitige Niedrigzinsphase eröffnet der Stiftung kaum Handlungsspielräume für eine Werterhaltungsstrategie.

Die Stiftung beauftragte zwei Banken mit der Bewirtschaftung des Stiftungsvermögens. Die Kapitalanlagen umfassen festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Fondsanteile, Zertifikate und Immobilienfonds. Aktien und aktienähnliche Produkte können in Abhängigkeit von der Kapitalmarktlage bis zu 20 Prozent und Immobilienfonds bis zu 10 Prozent des Anlagevolumens ausmachen. Mindestens 70 Prozent entfallen auf festverzinsliche Wertpapiere und Liquidität. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten gemäß den Vorschriften des HGB. Bei dauerhaften Wertminderungen wurden die Differenzbeträge zwischen Anschaffungskosten und Zeitwerten zum Stichtag 31.12.2012 abgeschrieben.

Für die rentierliche Anlage des Stiftungskapitals hat die DSF in den „Grundsätzen für die Vermögensverwaltung“ (Fassung vom Mai 2009) feste Regeln vorgegeben. Die zulässigen Anlageklassen sind durch eine Positivliste definiert. Zudem enthalten die Grundsätze eine Reihe konkreter Bestimmungen zum Risikomanagement sowie zu den Berichts- und Dokumentationspflichten der Vermögensbewirtschafter. Hierdurch wird den Stiftungsorganen ein umfassendes Controlling der Vermögensanlage ermöglicht.

1. Bilanz 2012

Die Bilanzsumme zum 31.12.2012 beträgt 28,1 Mio. Euro und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. Euro erhöht. Auf der Aktivseite umfasst das Anlagevermögen 26,9 Mio. Euro und liegt damit um 2,9 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Es besteht fast ausschließlich aus Wertpapieren. Das Umlaufvermögen beträgt zum Stichtag rund 1,2 Mio. Euro und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Mio. Euro verringert. Die Verschiebung vom Umlauf- zum Anlagevermögen ist darauf zurückzuführen, dass zum einen Liquidität abgebaut und in Wertpapiere investiert wurde und zum anderen keine Fälligkeiten von Finanzanlagen zum Jahresende zu verzeichnen waren.

Auf der Passivseite sind folgende Veränderungen festzustellen: Die Verbindlichkeiten für die Forschungsprojektförderung verringerten sich um rund 150 Tsd. Euro und das Eigenkapital wurde um den Jahresüberschuss 2012 in Höhe von 345 Tsd. Euro aufgestockt.

2. Ertragsrechnung 2012

Die Erträge aus der Vermögensbewirtschaftung der Stiftung weisen insgesamt einen positiven Betrag in Höhe von 1.375 Tsd. Euro aus, was im Vergleich zum Vorjahr einen Mehrertrag von rund 311 Tsd. Euro bedeutet. Der Hauptanteil dieses Zuwachses entfällt auf Umschichtungsgewinne bei Aktien und festverzinslichen Wertpapieren. Bei den ordentlichen Erträgen ist indes aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase ein deutlich negativer Trend zu beobachten. Die Einbußen belaufen sich im Vergleich zum Vorjahr auf rund 67 Tsd. Euro. Es ist zu erwarten, dass sich die rückläufige Entwicklung auch in den Folgejahren fortsetzen wird. Die Zunahme der Aufwendungen für die Vermögensbewirtschaftung um ca. 180 Tsd. Euro ist durch Abschreibungen auf Wertpapiere bedingt.

Für Förderleistungen stellte die Stiftung im Jahr 2012 insgesamt 497 Tsd. Euro zur Verfügung. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Aufwendungen zur Erfüllung des Stiftungszwecks somit um rund 237 Tsd. Euro. Aus der Projektförderung flossen Fördermittel in Höhe von 61 Tsd. Euro an die Stiftung zurück.

Für wissenschaftliche Eigeninitiativen wurden im Berichtsjahr Mittel in Höhe von 18 Tsd. Euro eingesetzt, insbesondere für die Veröffentlichung der Beiträge des internationalen Symposiums „Religionen und Weltfrieden“ vom Oktober 2010 sowie für die Ausrichtung des Parlamentarischen Abends in Berlin.

	31.12.2012	31.12.2011
AKTIVA	in EURO	
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.674,21	25.678,51
II. Finanzanlagen		
Wertpapiere des Anlagevermögens	26.923.387,14	24.088.161,98
	26.943.061,35	24.113.840,49
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
- Forderungen, insbes. aus Zinsansprüchen	428.982,80	455.093,49
- Sonstige Vermögensgegenstände	7.266,39	6.005,10
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	733.345,76	3.349.078,15
	1.169.594,95	3.810.176,74
BILANZSUMME	**28.112.656,30**	**27.924.017,23**
Treuhandvermögen		
Ludwig Quidde-Stiftung, Osnabrück	203.438,86	207.141,38
PASSIVA	in EURO	
A. Eigenkapital		
I. Stiftungskapital	27.065.394,06	27.064.594,06
II. Ergebnisrücklage	249.492,14	276.399,68
III. Verlustvortrag	-465.220,71	-465.220,71
IV. Jahresergebnis	344.556,33	-26.207,54
	27.194.221,82	26.849.565,49
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	13.338,18	19.631,82
C. Rückstellungen	7.732,70	8.749,96
D. Verbindlichkeiten		
1.a) Zusagen Projektförderung	578.006,00	727.557,22
1.b) Zusagen Struktur- und Nachwuchsförderung	234.894,07	234.894,07
2. Sonstige Verbindlichkeiten	84.463,53	83.618,67
	897.363,60	1.046.069,96
BILANZSUMME	**28.112.656,30**	**27.924.017,23**
Treuhandverpflichtung		
Ludwig Quidde-Stiftung, Osnabrück	203.438,86	207.141,38

	2012	2011
	in EURO	
I. Erträge aus Vermögensbewirtschaftung	**1.375.383,17**	**1.064.014,30**
1. Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	1.132.013,60	1.076.862,43
2. Zinsen aus Festgeldern	6.828,40	11.393,69
3. Finanzergebnis (Vermögensumschichtung)	236.541,17	-24.241,82
II. Aufwendungen aus Vermögensbewirtschaftung	**385.635,64**	**204.779,06**
1. Managementgebühren Banken	132.540,52	130.669,10
2. Abschreibungen auf Wertpapiere	234.411,68	58.318,36
3. Steuern vom Einkommen und Ertrag	18.683,44	15.791,60
III. Ergebnis aus Vermögensbewirtschaftung	**989.747,53**	**859.235,24**
I. Erträge aus Verwaltung	**12.629,60**	**13.393,30**
1. Auflösung Sonderposten für Umbaumaßnahmen	6.293,64	6.919,59
2. Sonstige Erträge	6.335,96	6.473,71
II. Aufwendungen aus Verwaltung	**216.299,64**	**225.696,41**
1. Personalaufwendungen	164.970,33	170.831,58
2. Abschreibungen auf Sachanlagen	9.030,39	9.406,99
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	42.298,92	45.457,84
III. Ergebnis aus Verwaltung	**-203.670,04**	**-212.303,11**
Jahresergebnis vor Erfüllung des Stiftungszweckes	**786.077,49**	**646.932,13**
Aufwendungen und Erträge zur Erfüllung des Stiftungszweckes	**441.521,16**	**673.139,67**
1. Projektförderung – Neubewilligungen	496.853,80	734.117,63
2. Projektförderung – Evaluierung und Forschungsberichte	7.150,41	11.899,18
3. Rückzahlungen Projektförderung	-60.563,87	-61.364,42
4. Wissenschaftliche Eigeninitiativen	18.483,13	9.511,41
5. Förderung durch Dritte	-20.402,31	-21.024,13
Jahresergebnis	**344.556,33**	**-26.207,54**

Für die vollständige Jahresrechnung ist der folgende uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt worden:

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

"Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen gesetzlichen Vorschriften für Jahresabschlüsse von Stiftungen und den ergänzenden Regelungen in der Stiftungssatzung liegen in der Verantwortung des Stiftungsrates der DSF. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der DSF sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze unter Berücksichtigung stiftungsbezogener Besonderheiten und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der ermittelt der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen der Stiftungssatzung."

Osnabrück, den 28. März 2013

WSLP GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

WSLP GmbH WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT SIEGEL * OSNABRÜCK *

Holger Schütter
Wirtschaftsprüfer

Stephan Jäkel
Wirtschaftsprüfer

V. Die Ludwig Quidde-Stiftung in Verwaltung der DSF

1. Die Stiftung

Ludwig Quidde–Stiftung

In Verwaltung der Deutschen Stiftung Friedensforschung

Die Ludwig Quidde-Stiftung wurde im Jahr 2011 als unselbstständige Stiftung gegründet, weshalb sie den Namenszusatz „in Verwaltung der Deutschen Stiftung Friedensforschung" trägt. Sie ist als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung anerkannt. Sitz der Stiftung ist die Friedensstadt Osnabrück.

Die Ludwig Quidde-Stiftung ging aus der privaten Stiftung Dr. Torsten Quiddes hervor, durch die das Leben und Lebenswerk des deutschen Friedensnobelpreisträgers aus dem Jahr 1927, Ludwig Quidde, in Erinnerung gerufen werden soll.

Die Stiftung wurde mit dem Zweck gegründet, „Leben und Lebenswerk des Friedensnobelpreisträgers Ludwig Quidde zu erforschen sowie durch Fördermaßnahmen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung seinen Lebenszielen – Sicherung und Entfaltung von Frieden und Freiheit – zu dienen" (§ 2 (1) der Satzung).

Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch einmalige oder laufende Zuschüsse für

- wissenschaftliche Arbeiten oder Tagungen, die das Leben oder Lebenswerk Ludwig Quiddes betreffen oder an seine Arbeiten zur historischen Friedensforschung und zum Völkerrecht anknüpfen,
- wissenschaftliche Arbeiten oder Tagungen auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung oder der Freiheitsrechte

und durch den mit 5.000 Euro dotierten Ludwig Quidde-Preis. Der Preis wird alle zwei Jahre verliehen und zeichnet eine das Leben oder das Lebenswerk Ludwig Quiddes betreffende Veröffentlichung oder eine herausragende wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung oder der Freiheitsrechte aus.

2. Der Vorstand

Die Ludwig Quidde-Stiftung hat einen eigenen Vorstand, der aus drei Mitgliedern besteht: dem/der Vorsitzenden der Deutschen Stiftung Friedensforschung, einem/einer seiner Stellvertreter/Stellvertreterinnen und einem Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der DSF, das dem in § 2a der Satzung genannten Stiftungszweck verbunden ist.

Ende 2012 gehörten dem Vorstand folgende Personen an:

- **Prof. Dr. Michael Brzoska**
  Vorsitzender der Deutschen Stiftung Friedensforschung
- **Prof. Dr. Tobias Debiel**
  Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Stiftung Friedensforschung
- **Prof. em. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas**
  Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats; Professor am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, Universität Bremen

Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte der Ludwig Quidde-Stiftung und berichtet dem Stiftungsrat der DSF über die Erfüllung des Stiftungszwecks.

3. Projektförderung der Ludwig Quidde-Stiftung

Im Mittelpunkt der Stiftungsaktivitäten steht die Verleihung des Ludwig Quidde-Preises. Darüber hinaus besteht in Abhängigkeit von der Ertragslage auch die Möglichkeit, in begrenztem Umfang Fördermittel zur Unterstützung kleinerer Projekte wie Tagungen und Publikationen zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2012 nahm die Stiftung folgende Projekte in die Förderung auf:

Musik bezieht Stellung. Funktionalisierungen der Musik im Ersten Weltkrieg

- Projektleiter: Prof. Dr. Dietrich Helms und Prof. Dr. Stefan Hanheide
  Universität Osnabrück, Institut für Musikwissenschaft und Musikpädagogik,
- Internationale wissenschaftliche Tagung
- Osnabrück, 25. – 27. Oktober 2012
- Fördersumme: 2.000,00 Euro (Teilförderung)

Die Funktionalisierung der Musik im Ersten Weltkrieg erlangte bislang kaum Beachtung in der internationalen Forschung. Die beiden Projektleiter, Prof. Dr. Dietrich Helms und Prof. Dr. Stefan Hanheide vom Institut für Musikwissenschaft und Musikpädagogik der Universität Osnabrück, betraten mit ihrer internationalen Tagung „Musik bezieht Stellung“ somit weitgehendes Neuland. Die Referenten und Referentinnen näherten sich dem Thema aus drei Perspektiven: die Rolle der Musik in der Propaganda, die Musik an der Front und in der Heimat sowie die Verarbeitung des Krieges durch die Komponisten. Obwohl zur Zeit des Ersten Weltkriegs weder der Rundfunk noch eine zentralisierte Massenpropaganda zur Verfügung standen, lässt sich doch eine Reihe von neuartigen Medien beobachten, mit der propagandistische Lieder und Kompositionen in großem Umfang verbreitet wurden. In der Musikpresse erlebte der Diskurs über die nationale Musik einen neuen Höhepunkt.

Des Weiteren richteten die Beiträge den Blick auf Kompositionen von Eisler, Hindemith, Malipiero und Casella, die in den Kriegsjahren ihre Wahrnehmungen des Krieges musikalisch verarbeiteten. Als besonders fruchtbar für die Erschließung des Forschungsfelds erwies sich, dass an der Tagung Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen verschiedener Fachdisziplinen mitwirkten. Am Ende zogen die Projektleiter das Fazit, dass der Erste Weltkrieg eine „Gelenkstelle“ zwischen den Musikkulturen des 19. und 20. Jahrhunderts bildete, die noch viel zu wenig untersucht wurde.

Die Tagungsbeiträge werden in einer Buchpublikation veröffentlicht.

“Organisiert die Welt!”
Der Friedensnobelpreisträger Alfred Hermann Fried (1864-1921). Leben, Werk und bleibende Impulse

- Projektleiter: Dr. Guido Grünewald, Köln
- Wissenschaftliche Publikation
- Fördersumme: 2.000,00 Euro (Teilförderung)

Die Beiträge des Bandes gingen aus einer internationalen Tagung hervor, die mit Unterstützung der Ludwig Quidde-Stiftung im Oktober 2011 in Potsdam stattgefunden hatte.

Mit der Tagung wurde an den Friedensnobelpreisträger von 1911, Alfred Hermann Fried (1864-1921) erinnert, der – ähnlich wie Ludwig Quidde – keinen festen Platz in der öffentlichen Erinnerungskultur gefunden hat. Das Hauptwerk Frieds, „Die Grundlagen des revolutionären Pacifismus“ (1908), ist nur einer kleinen Expertengemeinde bekannt, blieb jedoch nicht ohne Einfluss auf die Theoriebildung der Friedensforschung.

Fried war als Friedensaktivist unter anderem Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft und Gründer der bis heute bestehenden Zeitschrift „Die Friedens-Warte“.

Mit der Publikation werden die Tagungsbeiträge der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

4. Erstmalige Verleihung des Ludwig Quidde-Preises

Im Jahr 2011 schrieb die Ludwig Quidde Stiftung zum ersten Mal den Ludwig Quidde-Preis aus. Er ruft das Lebenswerk von Ludwig Quidde in Erinnerung, der 1927 – gemeinsam mit dem französischen Pazifisten Ferdinand Buisson – für seine friedenspolitischen Verdienste als zweiter Deutscher den Friedensnobelpreis erhielt. Der Ludwig Quidde-Preis ist mit 5.000 Euro dotiert und zeichnet Arbeiten über das Leben oder das Lebenswerk des Friedensnobelpreisträgers oder ein herausragendes wissenschaftliches Werk aus dem Bereich der Friedens- und Konfliktforschung, das in Verbindung mit dem Wirken Quiddes steht, aus. Nominierungen können zu folgenden Themenbereichen eingereicht werden können:

- Leben und Lebenswerk Ludwig Quiddes
- Internationale Organisation des Friedens
- Friedensvölkerrecht
- Historische Friedensforschung
- Friedensbewegung und Pazifismus
- Mediation und friedliche Streitbeilegung

Für die Preisverleihung können sowohl nationale als auch internationale Nominierungsvorschläge eingereicht werden.

Über die Auswahl des Preisträgers/der Preisträgerin entscheidet eine Jury, die sich aus vier Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen mit unterschiedlichen fachdisziplinären Ausrichtungen zusammensetzt.

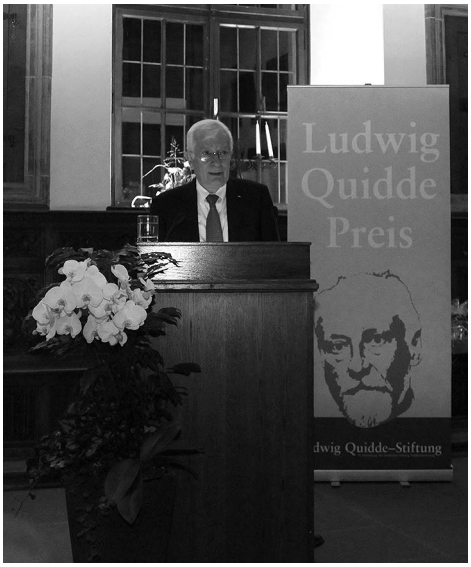
Die Beiträge zur Preisverleihung werden auf der Internetseite der Ludwig Quidde-Stiftung dokumentiert. [29]

29 <http://www.ludwig-quidde-stiftung.de/>.

Zur Auswahl des Preisträgers 2012 berief die Stiftung folgende Jury:

- **Prof. em. Dr. Jost Dülffer** (Vorsitzender), Universität zu Köln
- **Prof. Dr. Tanja Brühl,** Universität Frankfurt a.M.
- **Prof. Dr. Michael Brzoska,** Vorsitzender der DSF
- **Prof. Dr. Heike Krieger**, FU Berlin

Als ersten Preisträger wählte die Jury aus mehr als zwanzig Nominierungen den Völkerrechtler **Prof. Dr. Dr. h. c. Christian Tomuschat** (Foto) aus. Der 1936 in Stettin geborene Preisträger lehrte und forschte in den Jahren 1995 bis 2004 als Professor für öffentliches Recht, insbesondere Völker- und Europarecht an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er zählt zu den international führenden Vertretern seines Fachgebiets.



Die feierliche Preisverleihung fand am 27. September 2012 im Friedenssaal des Historischen Rathauses in Osnabrück statt.

Mit Prof. Dr. Dr. h. c. Christian Tomuschat habe die Ludwig Quidde-Stiftung, so ihr Vorsitzender Prof. Dr. Michael Brzoska in seiner Begrüßungsansprache, einen würdigen ersten Preisträger gefunden, dessen Denken und Handeln in der Tradition des Friedensnobelpreisträgers stehe.

Der Vorsitzende der Jury, Prof. Dr. Jost Dülffer, hob in seiner Begründung der Entscheidung hervor, dass Christian Tomuschat wegweisende wissenschaftliche Arbeiten vorgelegt habe, die sich mit der Stärkung des internationalen und innergesellschaftlichen Friedens und der Menschenrechte auseinandersetzten.

Die Laudatio auf den Preisträger hielt Dr. Emily Haber, Staatssekretärin des Auswärtigen Amtes. Sie zeichnete die wichtigsten Stationen in der wissenschaftlichen Karriere Christian Tomuschats nach und unterstrich insbesondere seine hohe Reputation in internationalen Fachgremien, in welchen er lange Jahre mitwirkte.

In seiner Ansprache zeigte sich Christian Tomuschat sehr bewegt über die Ehrung. Das Beispiel Ludwig Quiddes verdeutliche, dass jeder einzelne einen wichtigen Beitrag zu mehr Frieden auf der Welt leisten könne. Diese Einsicht habe ihn immer wieder dazu motiviert, sich über die wissenschaftliche Arbeit hinaus für die Stärkung des Rechts einzusetzen.

Die Ludwig Quidde-Stiftung nahm die Preisverleihung ferner zum Anlass, Prof. Dr. Karl Holl für seine Verdienste um die Erforschung des Lebens und Wirkens des Friedensnobelpreisträgers Ludwig Quidde zu ehren. Dr. Corinna Hauswedell hob in ihrer Würdigung hervor, dass die von Karl Holl verfasste Biographie über Ludwig Quidde mit Fug und Recht als ein *opus magnum* bezeichnet werden könne, mit dem Quidde vor dem Vergessen bewahrt werde.

5. Jahresabschluss 2012

	31.12.2012	31.12.2011
AKTIVA	in EURO	
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	586,59	0,00
II. Finanzanlagen		
Wertpapiere des Anlagevermögens	160.886,67	181.208,69
	161.473,26	181.208,69
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegentände	6.130,82	7.408,56
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	35.834,78	18.524,13
	41.965,60	25.932,69
BILANZSUMME	**203.438,86**	**207.141,38**
PASSIVA	in EURO	
A. Eigenkapital		
I. Stiftungskapital	177.945,90	177.945,90
II. Ergebnisrücklage	28.881,03	25.527,89
III. Jahresergebnis	-5.665,29	3.353,14
	201.161,64	206.826,93
B. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Förderleistungen	2.000,00	0,00
2. Sonstige Verbindlichkeiten	277,22	314,45
	2.277,22	314,45
BILANZSUMME	**203.438,86**	**207.141,38**

	2012	2011
	in EURO	
Erträge aus Vermögensbewirtschaftung	**9.783,86**	**10.957,76**
Aufwendungen aus Vermögensbewirtschaftung	**342,00**	**314,45**
Ergebnis aus Vermögensbewirtschaftung	**9.441,86**	**10.643,31**
Aufwendungen und Erträge aus Verwaltung		
1. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	147,00
2. Abschreibungen auf Sachanlagen	146,65	0,00
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	427,00	260,00
Ergebnis aus Verwaltung	**-573,65**	**-113,00**
Jahresergebnis vor Erfüllung des Stiftungszweckes	**8.868,21**	**10.530,31**
Aufwendungen und Erträge zur Erfüllung des Stiftungszweckes	**14.533,50**	**7.177,17**
Jahresergebnis	**-5.665,29**	**3.353,14**

VI. Anhang

A. Projektzusammenfassungen der im Jahr 2012 in die Förderung aufgenommenen Forschungsvorhaben

Konsultation, Partizipation und Konflikttransformation. Eine vergleichende Studie zu Ressourcenabbau in Bolivien und Peru

- **Projektleiterin:** Dr. Almut Schilling-Vacaflor, GIGA Institut für Lateinamerika-Studien
- **Projektbearbeiterin:** Riccarda Flemmer, M.A.
- **Förderzeitraum:** September 2013 bis August 2015
- **Fördervolumen:** 132 Tsd. Euro

Zusammenfassung

Im Zuge des globalen Preisanstiegs von nicht-erneuerbaren natürlichen Ressourcen seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist in Lateinamerika ein erneuter Boom an Ressourcenabbauprojekten (Bergbau, Erdgas und -öl) zu beobachten. Insbesondere in den Andenländern nahmen in diesem Kontext soziale Konflikte zwischen den jeweiligen Regierungen, den Unternehmen und den betroffenen lokalen Gemeinschaften in Anzahl und Intensität zu. Bezugnehmend auf internationale Menschenrechtsinstrumente fordern immer mehr indigene und andere lokale Bevölkerungsgruppen ihre effektive Mitbestimmung durch vorherige Konsultation bzw. *free, prior and informed consent* (FPIC) bei diesen Projekten. Die Demokratisierung dieser globalisierten Wirtschaftssektoren durch die Einbindung der lokalen Bevölkerung wird von vielen WissenschaftlerInnen als Mittel zur Konfliktprävention und -transformation betrachtet; Zusammenhänge zwischen Konsultations- bzw. Partizipationsprozessen und Ressourcenkonflikten wurden bisher jedoch nicht systematisch untersucht.

Die zentralen Forschungsfragen lauten daher:

1. Welche Charakteristika weisen Konsultationen und Partizipationsprozesse mit von geplanten Erdgas- und Erdölaktivitäten betroffenen indigenen Völkern in Bolivien und Peru seit 2007 auf?
2. Welche Faktoren fördern oder behindern die Durchführung von umfassenden Konsultationen?
3. Welche Konfliktkonstellationen und -dynamiken sind im Rahmen dieser Prozesse zu beobachten?
4. Wie beeinflussten Konsultations- und Partizipationsverfahren sozioökologische Konflikte (Intensität, Verlauf, Themen)?
5. Inwiefern und unter welchen Bedingungen tragen Konsultations- und Partizipationsverfahren zur Prävention und Transformation von Ressourcenkonflikten bei?

Das geplante Forschungsvorhaben verbindet theoretische Ansätze der Rechtsanthropologie, der deliberativen Demokratietheorie und der Friedens- und Konfliktforschung. Die Datensammlung für das Forschungsvorhaben findet insbesondere im Rahmen von Feldforschungsaufenthalten in Bolivien und Peru statt. Die gesammelten Daten beinhalten Dokumente von diversen Institutionen, semi-strukturierte Interviews mit ExpertInnen und AkteurInnen, darunter mit in die Verfahren involvierten Personen und Organisationen, Sekundärliteratur, rechtliche Dokumente, Daten aus partizipativ erstellten Konfliktanalysen und aus der teilnehmenden Beobachtung. In Peru und Bolivien werden jeweils 10 Konsultationsfälle vergleichend untersucht und zusätzlich wird ein laufendes Konsultations- bzw. Partizipationsverfahren pro Land mithilfe ethnographischer Methoden erforscht.

Die sowohl wissenschaftlichen als auch stärker praxisorientierten Veröffentlichungen, die aus diesem Forschungsvorhaben hervorgehen, werden nicht nur in referierten englischsprachigen Zeitschriften veröffentlicht, sondern auch in spanisch-sprachigen Zeitschriften sowie als *open access*-Publikationen um die Verbreitung der gewonnen Erkenntnisse, auch in der erforschten Region, zu gewährleisten. Zusätzlich wird im Rahmen des Projekts eine frei zugängliche Homepage erstellt, um die gesammelten Daten, die zu Grunde liegende Methodologie und zahlreiche Veröffentlichungen einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren.

Kernwaffenauthentifizierung mit Hilfe einer Attribut-Informationsbarriere: Eine Durchführbarkeitsstudie

- **Projektleiter:** Prof. Dr. Wolfgang Lieberei, Universität Hamburg, Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung
- **Projektbearbeiter:** Dipl.-Phys. Malte Göttsche
- **Förderzeitraum:** Januar 2013 bis Dezember 2014
- **Fördervolumen:** 86 Tsd. Euro

Zusammenfassung

Das am Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg (ZNF) durchgeführte Projekt beschäftigt sich mit der Verifikation der Abrüstung nuklearer Sprengköpfe. Es geht bei Abrüstungsverifikation in diesem Sinne darum, den Abrüstungsprozess einzelner Sprengköpfe zu verfolgen. Heutzutage passiert eine solche Verifikation zwar noch nicht, sie wird jedoch voraussichtlich bei niedrigeren globalen Kernwaffenbeständen auf dem Weg zu einer kernwaffenfreien Welt relevant, sodass vorbereitend darauf schon heute wissenschaftliche Expertise auf diesem Gebiet entwickelt werden sollte.

Der Forschungsstand zur Abrüstungsverifikation ist zurzeit sehr dürftig. Es gibt zwar einige Publikationen zu diesem Thema und auch wenige konkrete technisch-naturwissenschaftliche Forschungsergebnisse, die allerdings viele Fragen offen lassen, sodass weitere Forschungsarbeiten zukünftig notwendig werden. Das Projekt am ZNF soll einen Beginn der umfassenden, unabhängigen naturwissenschaftlichen Forschung zur Abrüstungsverifikation darstellen, weitere Aktivitäten initiieren und die potentiell dazu befähigten Experten weltweit vernetzen.

Ein wichtiger Bestandteil eines umfassenden Verifikationsmechanismus stellt die Authentifizierung nuklearer Sprengköpfe dar: Authentifizierung ist die Verifikation, dass ein deklarierter Sprengkopf, welcher abgerüstet wurde, auch tatsächlich ein echter Sprengkopf war und keine Attrappe. Dies soll anhand nuklearer Messungen geschehen, die an den zerlegten Komponenten der abgerüsteten Sprengköpfe vorgenommen werden. Dafür geeignet sind insbesondere die Messung von Gammaspektren sowie Neutronenmessungen.

Aus Neutronenmessungen können Informationen gewonnen werden, die es erfahrenen Inspektoren ermöglichen, Rückschlüsse über Kernwaffendesigns zu ziehen, die zum Teil für die Authentifizierung notwendig sind, ansonsten aber aus Gründen der Nichtverbreitung oder der nationalen Sicherheit geschützt bleiben sollen. Das Problem, dass sensible Informationen durch Inspektionen bekannt werden könnten, wird durch sogenannte Informa-

tionsbarrieren (IB) verhindert. IB sollen lediglich die Ergebnisse von automatischen und nicht sichtbaren Verifikationsanalysen von Messungen mitteilen. Sie analysieren mittels eines Algorithmus genaue Messungen, geben allerdings nur das Ergebnis preis.

Das Projekt besteht aus einer konzeptuellen und einer physikalisch-technischen Komponente. Die konzeptuelle Komponente beschäftigt sich mit der Fragestellung, welche politischen Randbedingungen möglich sind und berücksichtigt werden müssen. Das Projekt ist eine Durchführbarkeitsstudie, die aufzeigen soll, dass die Authentifizierung von Kernwaffen anhand ihrer zerlegten Komponenten möglich ist. Um die Durchführbarkeit des Konzepts zu demonstrieren, sollten im Rahmen der physikalisch-technischen Komponente des Projekts Experimente durchgeführt werden, die Simulationen ergänzen. Da jedoch keine Kernwaffenkomponenten zur Verfügung stehen, werden HEU und waffenfähiges Plutonium in Grammmengen genutzt um eine IB zu entwickeln, die kleinere Mengen authentifizieren soll. Messungen werden in Kooperation mit dem Institut für Transurane des Joint Research Centre in Ispra, Italien, durchgeführt. Es geht also im Rahmen der Durchführbarkeitsstudie nicht direkt um die Authentifizierung von Kernwaffen, sondern um die Authentifizierung anderer nuklearer Materialien (kleinere Mengen), die jedoch direkte Rückschlüsse auf die Durchführbarkeit der Kernwaffenauthentifizierung erlauben.

Das erhoffte Forschungsergebnis ist, dass die technische Durchführbarkeit der Kernwaffenauthentifizierung unter Erfüllung politischer Randbedingungen demonstriert werden kann. Die Forschungsergebnisse sollen politischen Entscheidungsträgern zugänglich gemacht werden.

The discursive construction of conflict and international organizational decision-making processes between normative frameworks of peacebuilding and securitization – the case of the UN Assistance Mission in Iraq (UNAMI)

- **Projektleiter:** Prof. Dr. Mathias Albert
  Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie
- **Projektbearbeiterin:** Dipl.-Soz. Kerstin Eppert
- **Förderzeitraum:** November 2012 bis Oktober 2014
- **Fördervolumen:** 114 Tsd. Euro

Zusammenfassung

Hintergrund: Über die letzten zwanzig Jahre haben sich die Form und das Ausmaß internationaler Interventionen zur Konfliktbewältigung und Friedenssicherung stark verändert. Von ‚Blauhelm'-Friedenstruppen zu Friedensmissionen und internationalen Sicherheits- und Unterstützungsmissionen sind internationale Organisationen zunehmend als aktive Partner in die Regulierung und Implementierung internationaler Sicherheitspolitik involviert. Diese Entwicklung internationaler Missionen und Interventionen ist eine institutionelle Antwort/Reaktion auf einen politischen Paradigmenwechsel innerhalb der Entwicklungspolitik, von einer Politik der Konfliktprävention und der Friedensarbeit hin zur verknüpften Außen- und Sicherheitspolitik. Die Debatten um die ‚Versicherheitlichung' der offiziellen Entwicklungshilfe (*securitized foreign aid*) sowie die Konzeptionalisierung und wissenschaftliche Forschung um das *state-building* bestätigen diesen Paradigmenwechsel. Im Hinblick auf die Einbindung der Vereinten Nationen ist festzustellen, dass sogenannte integrierte Missionen mehr und mehr an Kontexte gebunden sind, in denen das Mandat und die operati-

ven Strukturen der Missionen aus einem politischen Diskurs entstehen, der sich um Risikomanagement und internationale Sicherheitsinteressen konstituiert, während die historisch-institutionelle Legitimierung der Vereinten Nationen einer Agenda für Weltfrieden und -sicherheit entstammt.

Projektfokus und Ansatz: Das Forschungsprojekt befasst sich mit der Wirkung der zunehmend systematischen Sicherheitsperspektive auf internationale Interventionen. Am Beispiel der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen im Irak (UNAMI) konzentriert sich das Projekt auf zwei Themengebiete: Erstens fragt es, ob und wie normative Rahmen der ‚Versicherheitlichung' und der Friedensbildung organisationelle Entscheidungsprozesse in internationalen Interventionen beeinflussen. Dabei sollen insbesondere Entscheidungsstrategien analysiert werden, die den Umgang mit der (kontextuellen) Unsicherheit ermöglichen, die aus den konfligierenden Rahmungen der "Versicherheitlichung' bzw. der Friedensbildung entstehen kann. Des Weiteren sollen die Erkenntnisse der Forschung im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Beziehung zwischen Weltgesellschaft(-stheorie) und der Konstruktion des Anderen reflektiert werden.

Das primäre Ziel des Projektes ist es, über die Analyse der Wirkung der normativen Rahmung zu einem besseren Verständnis der Interdependenz zwischen internationalem politischen Kontext und der Implementierung/Umsetzung internationaler Unterstützungsmissionen beizutragen. In einem zweiten Schritt sollen Empfehlungen zur Verbesserung der Aufsichtsmechanismen für internationale Interventionen entwickelt werden, die sich auf die erklärende Funktion der ‚De-', bzw. ‚Rekonstruktion' von Konflikten durch organisationelle Entscheidungsprozesse beziehen.

B. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus von der DSF geförderten Projekten im Jahr 2012

Gewalt und Krisenprävention

Lokale Konfliktdynamiken: Umweltwandel, Ernährungskrisen und Gewalt in Subsahara-Afrika

Projektleiter: Prof. Dr. Sven Chojnacki, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin

- Chojnacki, Sven/Engels, Bettina: Raus aus der Klimafalle! Wie die Friedens- und Konfliktforschung mit ökologischem Wandel umgehen kann, in: Die Friedens-Warte. Journal of international Peace and Organization 87 (2012), 1, S. 89-110.
- Chojnacki, Sven/Engels, Bettina: Landnutzungswandel und Konflikte, in: Debiel, Tobias/Roth, Michèle/Ulbert, Cornelia (Hrsg.): Globale Trends 2013. Frieden – Entwicklung – Umwelt, Frankfurt am Main 2012, S. 307-312.
- Engels, Bettina: Brot und Freiheit. Proteste „gegen das teure Leben“ in Burkina Faso, in: Sozial. Geschichte Online 9 (2012), S. 85-115.
- Engels, Bettina/Kirst, Sarah: Knappe Ressourcen und ihre soziale Vermittlung: Konflikte um Land im Südwesten Burkina Fasos. Research Report Peace and Conflict Studies No. 2. Research Unit Peace and Conflict Studies, Berlin 2012, in: <www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/frieden/publikationen1/Research_Report_No2_final.pdf>.
- Gebre, Yntiso: Environmental Change, Food Crises and Violence in Dassanech, Southern Ethiopia. Research Report Peace and Conflict Studies No. 1. Research Unit Peace and Conflict Studies, Berlin 2012 in: <www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/frieden/publikationen1/Research_Report_No1_final.pdf>.

Strategie, Anarchie oder fehlendes internationales Engagement? Zur Logik von einseitiger Gewalt in Bürgerkriegen

Projektleiter: Prof. Dr. Gerald Schneider und Prof. Dr. Margit Bussmann, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaften, Universität Konstanz/Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Greifswald

- Banholzer, Lilli/Ertl, Verena/Haer, Roos: Create compliance and cohesion. How rebel organizations manage to survive, in: Small Wars & Insurgencies 22 (2011), 3, S. 415-434.

- Bussmann, Margit/Ruhe, Constantin/Schneider, Gerald: The Dynamics of Mass Killings. Testing Time-Series Models of One-Sided Violence in the Bosnian Civil War, in: International Interactions. Empirical and Theoretical Research in International Relations 38 (2012), 4, S. 443-461.

Religion und Bürgerkrieg: Zur Ambivalenz religiöser Faktoren im subsaharischen Afrika

Projektleiter: Dr. Matthias Basedau, Institut für Afrika-Studien, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg

- Basedau, Matthias/Strüver, Georg/Vüllers, Johannes: A Mixed Blessing. Religion, Violence and Peace in Sub-Saharan Africa, in: Czada, Roland/Held, Thomas/Weingardt, Markus (Hrsg.): Religions and World Peace. Religious Capacities for Conflict Resolution and Peacebuilding, Baden-Baden: Nomos 2012, S. 161-183.

Terrorismus – mediale Konstruktion und individuelle Interpretation: Ein friedenswissenschaftlicher Beitrag zur medien- und sozialwissenschaftlichen Analyse und Bewertung terroristischer Bedrohungen in Deutschland

Projektleiter: Prof. Dr. Wolfgang Frindte, Institut für Psychologie der Friedrich Schiller-Universität Jena

- Frindte, Wolfgang/Haußecker, Nicole/Jirschitzka, Jens: Terrorismus-Berichterstattung und ihre Folgen, in: Baros, Wassilios (Hrsg.): Natur- und kulturwissenschaftliche Perspektiven in der Psychologie. Methodologie - Methoden - Anwendungsbeispiele, Berlin: Regener 2012.

Zivile Konfliktbearbeitung – Anspruch und Wirklichkeit.

Projektleiter: PD Dr. Andreas Heinemann-Grüder, Forum Ziviler Friedensdienst

- Bauer, Isabella/Heinemann-Grüder, Andreas (Hrsg.): Zivile Konfliktbearbeitung. Vom Anspruch zur Wirklichkeit, Opladen: B. Budrich Verlag 2012.

Intervention in Gewaltkonflikte

Private-Private Partnership? Möglichkeiten und Grenzen von Nichtregierungsorganisationen im Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren

Projektleiter: Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Fachbereich Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück

- Hofmann, Claudia: Reasoning with Rebels. International NGO`s Approaches to Engaging Armed Groups. SWP Research Papers RP 11, Berlin 2012.
- Hofmann, Claudia/Schneckener, Ulrich: The Power of Persuasion. The Role of INGOs in Engaging Armed Groups, in: Krieger, Heike (Hrsg.): Instilling Compliance, Cambridge: Cambridge University Press i.E.
- Schneckener, Ulrich: Die Rolle nicht-staatlicher Gewaltakteure in der internationalen Politik, in: Staack, Michael (Hrsg.): Einführung in die Internationale Politik, München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2012, S. 455-484.
- Schneckener, Ulrich: Dialog mit Störenfrieden. Die Ansätze von internationalen NGOs im Umgang mit nicht-staatlicher Gewalt, in: Bauer, Isabella/Heinemann-Grüder, Andreas (Hrsg.): Zivile Konfliktbearbeitung – vom Anspruch zur Wirklichkeit, Opladen: B. Budrich 2012, S. 89-106.

Global Economic Costs of Conflict (GECC)

Projektleiter: Prof. Dr. Tilman Brück, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

- De Groot, Olaf: Analyzing the costs of Military engagement, in: The Economics of Peace and Security Journal 7 (2012), 2. (eJournal)

Parliamentary Control of the Armed Forces. A Comparative Study of Indonesia and Nigeria.

Projektleiter: Prof. Dr. Jürgen Rüland, Seminar für Wissenschaftliche Politik der Albert Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. in Kooperation mit Centre for the Democratic Control of the Armed Forces (DCAF), Genf

- Born, Hans/Manea, Maria-Gabriela/Jürgen Rüland: The Politics of Military Reform. Experiences from Indonesia and Nigeria, Berlin/Heidelberg: Springer 2012.

Small Players in a Great Game: The Afghanistan Policies of the Central Asian States

Projektleiter: Dr. Wolfgang Zellner, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

- Digol, Diana: Mind the Neighbours! Central Asian Interests and Visions of Afghanistan, in: Ehrhart, Hans-Georg/Gareis, Sven Bernhard/Pentland, Charles (Hrsg.): Afghanistan in the Balance. Counterinsurgency, Comprehensive Approach and Political Order, Montreal-Kingston-London: McGill-Queen's University Press 2012, S. 171-185.

Wenn Mediationen scheitern: Eine Pilotstudie zu den Auswirkungen gescheiterter Mediation auf die Eskalation von Bürgerkriegen

Projektleiterin: Dr. Sandra Destradi, GIGA German Institute of Global and Area Studies

- Destradi, Sandra/Vüllers, Johannes: The Consequences of Failed Mediation in Civil Wars. Assessing the Sri Lankan Case. GIGA Working Paper 202, Hamburg 2012.

Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten

Entschuldigung und Versöhnung in den internationalen Beziehungen

Projektleiter: Professor Dr. Christopher Daase, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Universität Frankfurt a. M.

- Horelt, Michel: Performing Reconciliation. A performance approach to the analysis of political apologies, in: Clark Phil/ Granville, Danielle/Palmer, Nicola (Hrsg.): Critical Perspectives on Transitional Justice, Cambridge: Intersentia 2012, S. 347-370.
- Renner, Judith: A Discourse Theoretical Approach to Transitional Justice Ideals. "Reconciliation" as an Empty Universal in Times of Political Transition, in: Clark Phil/ Granville, Danielle/Palmer, Nicola (Hrsg.): Critical Perspectives on Transitional Justice, Cambridge: Intersentia 2012, S. 51-72.

Dealing with the Past and Peacebuilding in the Western Balkans. Interaction of International and Local Initiatives for Transitional Justice and Reconciliation in Bosnia-Herzegovina, Serbia and Croatia

Projektleiterin: Dr. Martina Fischer, Berghof Foundation

- Fischer, Martina: Transitional Justice and Dealing with the Past, in: Berghof Glossary on Conflict Transformation. 20 notions for theory and practice, Berlin 2012, S. 111-115.

Coping with spoilers from within

Projektleiter: Prof. Dr. Wolfgang Seibel und Julian Junk, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz

- Junk, Julian: Organizing Peace in a Multi-Level System. An Introduction to the Special Issue, in: Journal of Intervention and Statebuilding 6 (2012), 3, S. 247-255.
- Junk, Julian: Function Follows Form. The Organizational Design of Peace Operations, in: Journal of Intervention and Statebuilding 6 (2012), 3, S. 299-324.
- Junk, Julian: Coordination, in: Boutellis Arthur /Smith, Adam (Hrsg.): The Management Handbook for UN Field Missions, New York 2012, S. 7-28.
- Trettin, Frederik/Winckler, Joel Gwyn: Die Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Komplexe Organisationen mit schwierigen internen Herausforderungen, in: Zeitschrift Vereinte Nationen 60 (2012) ,3, S. 115-120.

Friedensvölkerrecht und internationale Organisation des Friedens

Parlamentarische Kontrolle von Militäreinsätzen in westlichen Demokratien

Projektleiter: Prof. Dr. Wolfgang Wagner und Dr. Dirk Peters, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

- Peters, Dirk/Wagner, Wolfgang: Zwischen Effizienz und Legitimität. Parlamentarische Kontrolle von Militäreinsätzen im weltweiten Vergleich, in: Die Friedens-Warte. Journal of international Peace and Organization 87 (2012), 2-3, S. 69-87.
- Wagner, Wolfgang: Parliamentary War Powers around the World. An Overview, in: Van der Woude, Wytze (Hrsg.): Parliaments and Military Missions, Groningen 2012, S. 5-10.

Demokratie – Wandel – kollektive Sicherheit: Das Völkerrecht ein Jahr nach dem Umbruch in der arabischen Welt (Tagung)

Projektleiter: Dr. M. Payandeh, Universität Düsseldorf

- Payandeh, Mehrdad (Hrsg.): Demokratie – Wandel – kollektive Sicherheit. Das Völkerrecht und der Umbruch in der arabischen Welt, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht ZaöRV 72 (2012), 3, S. 441-577.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Unbemannte bewaffnete Systeme – Trends, Gefahren und präventive Rüstungskontrolle

Projektleiter: Prof. Dr. Dieter Suter, Experimentelle Physik III, TU Dortmund

- Altmann, Jürgen: Der Kriegsmaschine Grenzen setzen. Rüstungsbegrenzung für bewaffnete unbemannte Fahrzeuge, in: Marsiske, Hans-Arthur (Hrsg.): Kriegsmaschinen. Roboter im Militäreinsatz, Heise Zeitschriften: Hannover 2012, S. 215-229.
- Altmann, Jürgen: Armed Robots and Preventive Arms Control, in: Decker, Michael/Gutmann, Mathias (Hrsg.): Robo- and Informationethics. Some Fundamentals, Münster: LitVerlag 2012, S. 7-30.
- Altmann, Jürgen/Weidlich, Christian: Unmanned Aerial Vehicles as a Challenge to a WMDFZ in the Middle East, Policy Brief, Frankfurt/M.: PRIF, 2012.

Rüstungskontrolle und Zwang: Die Folgen des Paradigmenwechsels für die Nichtverbreitungspolitik, Internationale wissenschaftliche Tagung, Berlin

Projektleiter: Prof. Dr. Christopher Daase, LMU München und Dr. Oliver Meier, IFSH Hamburg

- Daase, Christopher/Meier, Oliver (Hrsg.): Arms Control in the 21st Century. Between coercion and cooperation, New York et al.: Routledge 2012.

The Life Sciences Revolution and Future Biochemical Arms Control

Projektleiterin: Prof. Dr. K. Nixdorff, TU Darmstadt

- Dando, Malcolm/Kelle, Alexander/Nixdorff, Kathryn: Preventing a Biochemical Arms Race, Stanford: Stanford University Press 2012.

Förderung des innerwissenschaftlichen Diskurses und der interdisziplinären Zusammenarbeit

Verantwortung und Vertrauen als komplementäre Formen gesellschaftlicher Friedensstiftung

Projektleiter: PD Dr. A. Hirsch Institut für Philosophie, Universität Flensburg

- Hirsch, Alfred: Rousseaus Traum vom ewigen Frieden, München: Fink-Verlag 2012.
- Hirsch, Alfred: Der ursprüngliche Frieden, in: Delhom, Pascal/Hirsch, Alfred: Jean-Jacques Rousseau. Die Ursprungserzählungen, München: Fink Verlag 2012, S. 193-210.

Stiftungseigene Publikationen (Auswahl)

Forschung DSF

- Margit Bussmann/Gerald Schneider: Strategie, Anarchie oder fehlendes internationales Engagement? Zur Logik von einseitiger Gewalt in Bürgerkriegen. Osnabrück 2012 (Heft 33).
- Jürgen Rüland/Maria-Gabriela Manea: How much an Actor and under which Logics of Action? Roles of Parliaments in the Establishment of Democratic Control of the Armed Forces in Indonesia and Nigeria. Osnabrück 2012 (Heft 34).
- Ulrich Schneckener: Zwischen Vermittlung und Normdiffusion. Möglichkeiten und Grenzen internationaler NGOs im Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren. Osnabrück 2013 (Heft 35).

Arbeitspapiere DSF

- Interventionen zum Schutz der Zivilbevölkerung? Herausforderungen und Dilemmata in Zeiten der Responsibility to Protect (RtoP). Beiträge zum Parlamentarischen Abend der DSF am 20. September 2011 in Berlin. Osnabrück 2012 (Heft 8).
- Unbemannte bewaffnete Systeme: Verändert der rüstungstechnologische Wandel den Umgang mit Konflikten? Eine friedenspolitische Perspektive Beiträge zum Parlamentarischen Abend der DSF am 25. September 2012 in Berlin. Osnabrück 2013 (Heft 9).

Forum DSF

- Normen, Akteure und Konflikte im Wandel? Friedenspolitik in einer multipolaren Welt. Veranstaltung aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der Deutschen Stiftung Friedensforschung im Haus der EKD Berlin, 2. Dezember 2010. Osnabrück 2011 (Heft 4).

Jahresberichte DSF 2001 bis 2012

Publikationen aus eigenen Tagungen und Kooperationsveranstaltungen

- Roland Czada/Thomas Held/Markus Weingardt (Eds): Religions and World Peace. Religious Capacities for Conflict Resolution and Peacebuilding (= Religion – Konflikt – Frieden, Bd. 5) Baden-Baden: Nomos 2012.
- Roland Czada/Thomas Held/Reinhold Mokrosch (Hrsg.): Religionen und Weltfrieden. Friedens- und Konfliktlösungspotenzial von Religionsgemeinschaften. Stuttgart: Kohlhammer 2013.